

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Gewinn“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus für Monat März 26.— M., im Voraus bezahlt, für Postbestellung nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen bezogen für Deutschland, Dänzig, das Ost- und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Rußlands 30.— M., für das übrige Europa 37.— M. Bezugsstellen, Expeditionen und Verlag: Berlin O 2, Berlin Straße 50

Die abgehaltene Kompartiments- oder deren Raum kostet 10.— M. einschließlich Inflationsteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 einschließlich Inflationsteuer. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 7.— M. pro Zeile pro Woche. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. Fernsprecher Zentrum 152 80—152 88

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das friedlose Europa

Wir waren vor einigen Monaten in der Lage, einige Auszüge aus dem Buche des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Francesco Ritti „L'Europa senza pace“ zu veröffentlichen, in dem der frühere Leiter der italienischen Politik, der selbst an den Beratungen der Oberhäupter der Entente in Versailles teilgenommen hat, scharfe Kritik an dem Frieden von Versailles übt. Das Buch liegt jetzt in einer vollständig deutschen Uebersetzung vor und ermöglicht ein näheres Eingehen auf die vom Verfasser erörterten Grundprobleme der europäischen Politik.

Um es vorweg zu sagen: Seit dem Erscheinen des berühmten Buches von Professor J. M. Keynes, „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“, ist in der internationalen Literatur wohl kaum eine Publikation zu verzeichnen, die mit solcher Sachkunde und Gründlichkeit dem in Versailles geschaffenen Friedensvertrag auf den Leib rückt, wie das Buch von Ritti. Man spürt es auf jeder Seite der Schrift, daß der Verfasser nicht nur auf Grund der intimsten Kenntnis der Einzelheiten der Versailler Verhandlungen seine Urteile fällt, sondern daß er sich auch bei der ganzen Darstellung der Kriegs- und Friedensprobleme auf ein umfassendes politisches und wirtschaftliches Material stützt. In einer lebendigen anziehenden Sprache geschrieben, liefert das Buch einen Überblick der Geschichte Europas seit Abschluß des Krieges, einen Abriss, der nicht nur die mannigfachen Strömungen und Triebkräfte in den verschiedenen Ländern, nicht nur die Interessengegensätze und Kämpfe der Staaten untereinander, sondern auch die Entstehung der verschiedenen Teile des Versailler Friedensvertrages sowie seine verhängnisvollen Folgen für die Politik und Wirtschaft Europas enthüllt.

Die gegenwärtige Lage schildert Ritti in düsteren Farben. Drei Jahre, schreibt er, sind seit dem Kriegsende vergangen, über zwei Jahre seit dem Friedensschluß, und noch hat Europa viel mehr Menschen unter Waffen, als vor dem Kriege. Neue Kriege sind im Entstehen; das Nationalgefühl, zum Nationalismus ausgeartet, dient zur Unterdrückung anderer Völker; aufstrebend der Verhärterung der nationalen Beziehungen haben sich auch die sozialen Gegensätze in allen Ländern ungeheuer verschärft. Der ungeheuerlichste aller Kriege hat nicht allein die Besiegten entkräftet, er hat auch tief zerstörend in das Leben der Sieger eingegriffen. „In fast allen Ländern hat der Krieg einen inneren Zerfallsprozeß herbeigeführt; wenn auch nicht in gleich starkem Maße, so ist doch diese Krankheit in allen Ländern Europas aufgetreten.“

Ritti faßt die gegenwärtige Lage in zehn Punkte zusammen, in denen er die Verschuldung Europas, die Verringerung seiner Arbeitsfähigkeit, die ungeheure Verschärfung der sozialen Not, die nationalen Gegensätze und Konflikte, die imperialistischen Bestrebungen der großen und kleinen Mächte, die wahnwitzige nationale Raserie in den verschiedenen Ländern schildert. Besonders wichtig ist der zehnte Punkt, in dem er zusammenfassend die Perspektive der europäischen Politik zeichnet:

Der europäische Kontinent geht eine Reihe neuer Völkerkriege von noch größerer Heftigkeit entgegen, die ernsthaft drohen, die ganze Kultur zum Scherzern zu bringen. Man muß einfach ein Mittel finden, um aus der jetzigen Form der Friedensverträge — die sich auf den Grundgedanken stützen, daß man den Krieg fortführen soll — ein Abkommen zu schaffen, das Siegern und Besiegten auf anständige Weise Freiheit und Gleichheit wiederbringt; ein Abkommen, das den Besiegten nur die Kosten aufbürdet, die sie ertragen können. Damit wäre Europa von dem Schauspiel befreit, in zwei getrennten Lagern zu leben, das eine bewaffnet und drohend, das andere waffenlos und geknechtet und unter Androhung neuer Anarchie gezwungen, Sklaverei zu verrichten.“ (S. 33.)

Bei seiner Schilderung der wirtschaftlichen Folgen der Friedensverträge geht Ritti noch einmal ausführlich auf die gegenwärtige konfliktdrohende Lage ein. Nicht genug damit, daß die Lage in Europa überall unsicher ist, herrsche bei den Siegern auf dem europäischen Festland noch dazu die Tendenz vor, die Ausgaben für das Militär zu vermehren. Die Handelsbeziehungen werden nur langsam wieder aufgenommen. Man spricht vom Handel wie von einer Waffe. Neue Zollschranken werden Tag für Tag errichtet, die Industriekreise finden offene Ohren mit

Der Hunger in Rußland

Die Berichte der Delegierten des Ukrainischen Roten Kreuzes, welche die am meisten von der Hungernot betroffenen Gebiete bereisen, enthalten folgende Angaben:

Die Straßen von Jekaterinoslaw sind unaufhörlich von dem Heulen der hungrigen Kinder und Erwachsenen, die nicht mehr bitten, sondern herzzerreißend um Hilfe schreien, angefüllt. Die Kinder, erschöpft im Gesicht und bis zum äußersten Grade erschöpft, sehen so aus, daß es schwer ist zu glauben, daß es lebendige Kinder und nicht wandelnde Kinderleichen sind.

Auf dem Schnee sitzt ein Mensch und bittet nicht mehr, er schreit auch nicht, er heult nur.

Das ist das Hungergeschrei!

Ein Bauerweib liegt da, ohne zu weinen und ohne zu heulen. Die Ohnmacht ist bereits eingetreten.

Von früh bis spät wanken diese Unglücklichen umher in der verheilten Hoffnung, irgendeine Hilfe zu finden, bis sie vor Erschöpfung niedersinken und auf der gleichen Stelle sterben.

Krepiert ein Pferd, so fützt eine Menge Hungeriger, noch bevor das Tier ganz tot ist, mit Messern auf den Kadaver los. Sie drängen und schlagen einander, erschalten die Ställe des Hofes und verpeisen sie auf der Stelle.

In den Dörfern ist die Lage nicht besser. Nicht nur die Kadaver von Pferden und Hunden werden gefressen, sondern auch die Felle. Hungerpsychose meißelt sich:

Eine Wahaussinnige hat den Leibnam ihres Vaters zernagt. Eine andere verpeist ihr Kind. (Bericht des nach dem Gouvernement Jekaterinoslaw delegierten Arztes vom 27. Februar 1922.)

In den drei südlichen Distrikten des Gouvernements Japoroschje hungern 100 000 Menschen. Ein Viertel der Hungernden liegt darnieder, ohne sich vor Schwäche bewegen zu können. Die Bevölkerung scheint zum Tode verurteilt zu sein. Alle Hunde und Katzen sind längst verzehrt. Die Vorräte an getrockneten Unkräutern gehen zu Ende. Gegefessen wird alles. Die Felle von Tieren werden

in Stücke geschnitten, zerlegt und die leimartige Masse wird verpeist.

Im Dorf Blagowischtschenka ist eine Familie ihre Kinder, einen Jungen von 9 und ein Mädchen von 7 Jahren, (Gerichtlicher Akt darüber liegt vor.) In einer anderen Familie erwürgte der hungrige Vater seine Frau und zwei Kinder.

An Arbeitsvieh sind nur 10 Proz. geblieben. Aber auch dieser Rest ist für Arbeiten kaum mehr zu gebrauchen. In einigen Gebieten ist kein einziges Pferd geblieben. Im Herbst wurde zehnmal weniger geerntet als im Vorjahre. (Bericht der Medizinischen Abteilung in Japoroschje vom 21. Februar 1922.)

Aus dem gleichen Gouvernement Japoroschje schreibt der dahin entsandte Arzt des Ukrainischen Roten Kreuzes:

Im Gouvernement Japoroschje hungern 700 000 Menschen. Das sind diejenigen, die nicht einmal Delfischen haben, sondern sich nur von schlechten Ersatzmitteln ernähren, was zur Folge allerlei Krankheiten führt. Ungefähr 100 000 Menschen, meistens Kinder, sind bereits zusammengedrückt und können nur liegen. Es sind mindestens 30 000 Fud Getreide pro Monat notwendig, um sie am Leben zu erhalten. Dabei muß die Ernährung mit der größten Sorgfalt vor sich gehen. Die Menschen müssen gleichzeitig ernährt und ärztlich behandelt werden. Bei unvorsichtiger Nahrungszunehr mehren sich die Todesfälle. Der geschwächte Tubus digestivus ist nicht mehr imstande, regelmäßig zu verdauen. Außer den schlimmsten Darmkrankheiten mehren sich die Fälle der schlimmsten Nämie und allgemeiner Erschöpfung, der verschiedensten Hautkrankheiten, Krätze und Furunkeln. Im Dezember zählte man 607 Fälle von Typhus und 1554 von Rückfalltyphus. Im Januar verdoppelte sich diese Zahl.

Arbeitsvieh fehlt fast vollständig. Es müssen Arzneimittel, Korn für die Ausfaat, Arbeitsvieh, Medikamente und Kleidung sofort eintreffen, sonst ist die Bevölkerung zum Tode verurteilt.

ihrer Schutzpropaganda. Keines von den Ländern, die den Krieg miterlebten, hat Finanzen, die sich auf dem Wege zur Besserung befinden. Alle finanziellen Dokumente aus den verschiedensten Ländern enthalten nicht nur Miefenausgaben, die als Folgeerscheinung des Krieges zu betrachten sind, sondern auch bei den siegreichen Ländern Miefenausgaben, die die Ursachen neuer Kriege sind oder werden können. Zusammenfassend erklärt Ritti:

1. Europa hat insgesamt mehr Menschen unter Waffen, als vor dem Kriege. Die besiegten Staaten sind gezwungen worden zu demobilisieren, aber die siegreichen Staaten haben ihre Rüstungen verstärkt; besonders die neuen Staaten und die am Weltkrieg beteiligten Länder haben dieses Verfahren eingeschlagen.

2. Die Produktion wird nur in spärlichem Umfange wieder aufgenommen, weil sich überall, wenn auch in verschiedenem Maße, ein geringerer Arbeitswille bei der Arbeitermasse zeigt, der aber mit dem Bedürfnis nach Lohn-erhöhung Hand in Hand geht.

3. Die Schwierigkeiten des Wirtschaftens haben sich in vielen Teilen Europas vermehrt, statt sich zu verringern. Der internationale Handel lebt nur langsam wieder auf. Noch besteht zwischen den europäischen Staaten kein normaler Handel wieder. Vergleiche man die heutigen Verhältnisse mit denen vor dem Kriege, so stellen die Produkte, die heute den Gegenstand des Handels zwischen den europäischen Staaten bilden, noch nicht einmal die Hälfte der Werte vor dem Kriege dar.“ (S. 195.)

Alle diese Tatsachen, die die wirtschaftliche Verwüstung Europas illustrieren, ebenso wie die politischen Rivalitäten und Komplikationen, die die Atmosphäre Europas täglich mit neuen Giftstoffen erfüllen, führt Ritti auf das stümperhafte Werk von Versailles zurück, das den Völkern nicht den versprochenen Frieden geschenkt, sondern nur den Grundstein für die jetzigen Wirren geliefert hat. Eins steht fest, erklärt er: „Die heutigen Verträge bedrohen Sieger und Besiegte mit dem Untergang, sie haben Europa nicht den Frieden geschenkt, sie haben vielmehr einen Krieg- und Gewaltzustand geschaffen. Die Verträge waren, wie Clemenceau sich ausdrückte, ein Mittel, um den Krieg fortzuführen.“

In anschaulicher, lebendiger Form zeigt Ritti, wie diese Verträge zustande gekommen sind. Nachdem er gegenüberstellt, was Wilson in seinen 14 Punkten versprochen hatte, und was tatsächlich in Versailles

zurechtgeschuftert wurde, schildert er den Kampf, der in Versailles hauptsächlich zwischen Wilson, Lloyd George und Clemenceau ausgefochten wurde. Wilson geriet infolge seiner Unkenntnis der europäischen Verhältnisse immer mehr ins Hintertreffen; Lloyd George gab sich redliche Mühe, die Friedensbedingungen zugunsten Deutschlands zu mildern, er scheiterte aber nicht allein an dem starrsinnigen Fanatismus Clemenceaus, sondern auch an der Tatsache, daß Clemenceau stets das Argument der größeren Gefährdung Frankreichs und der ungeheuren Verwüstungen, die es im Kriege erduldet hatte, in die Waagschale werfen konnte. Besonders kräftig trat dieser gegensätzliche Standpunkt Englands und Frankreichs in der Denkschrift Lloyd Georges vom 25. März 1919 (die Ritti zum ersten Male vollständig veröffentlicht) und in der Gegendenkschrift Clemenceaus, die einige Tage später eingereicht wurde, hervor. Der französische Standpunkt siegte schließlich und prägte dem Gesamtergebnis von Versailles jenen Charakter auf, der nun im steigenden Maße auch in den Entente-Ländern als das schlimmste Hindernis der Gesundung Europas erkannt wird.

„In Wahrheit“, erklärt Ritti, „hat kein vernünftig denkender Mensch je daran geglaubt, daß Deutschland mehr als einige Milliarden jährlich bezahlen könne, und niemand glaubt ernstlich, daß man ein kultiviertes Land dreißig Jahre lang unter Kontrolle halten kann.“ Aber dennoch hat der Glaube, daß man aus Deutschland mehr herauspressen könne, bisher die Grundlage der Reparationspolitik der Entente gebildet. Ritti geht dieser Illusion mit einer vernichtenden Kritik zu Leibe. Er faßt die gegenwärtige Lage der Reparationspolitik in folgenden Punkten zusammen:

1. Die Illusionen über die deutsche Zahlungsfähigkeit sind zerstört, und die Reparationssummen sind nach den lächerlichen Forderungen, die eine Summe von 350 Milliarden und eine Jahresleistung von 10 bis 15 Milliarden noch als ungenügend betrachteten, heute eine unbekannte Größe von beängstigender Ungewissheit geworden, die den Siegern fast ebenso viele schlaflose Nächte bereitet, wie den Besiegten. Der deutsche Notenumlauf der unter dem Druck der inneren Not sich in ungehemmter Flut über Deutschland ergießt, bringt es an den Rand des Bankrotts. Die anderen Schuldner, wie Desterreich, Ungarn, die Türkei und Bulgarien, haben selbst dringend Hilfe nötig und können nichts abgeben; Dester-

*) Francesco Ritti, Das friedlose Europa, Frankfurt a. M., Frankfurt Sozialverlag, Adelslana Buchverlag, 288 S.

reich selbst an den zum Leben unentbehrlichen Dingen Not, was heißt alles.

2. Was Deutschland in dem Zustand, in dem es sich eben befindet, an Entschädigungen jährlich zahlen kann, sind nur Waren und Darzahlungen, die einen Wert von 2 oder 3 Milliarden im Maximum darstellen.

3. Die siegreichen Länder konnten, selbst, wenn sie wie Frankreich riesige Gebiete und ungeheure Einkünfte gewonnen haben, ihre Kriegsschulden an das Ausland nicht bezahlen, da nicht einmal die Finzen, Frankreich und Italien, die doch ehrbewusste Länder sind, haben mit ihren Rückständen in Zahlungen, zu deren Begleichung sie einfach nicht in der Lage sind, den Beweis geliefert, daß es lächerlich ist, die Zahlung weitaus höherer Summen von Ländern zu verlangen, die wie Deutschland, fast alle ihre besten Zahlungsmittel verloren haben: Handelsflotte, Kolonien, Guthaben, Organisationen im Auslande usw.

4. Es besteht die Gefahr, daß, sobald sich die Lage der besiegten Länder noch weiter verschärft, sobald die wirtschaftliche Einheit Europas immer mehr zerfällt, die belagerten Länder die Steuer in den Ruin mit hineinziehen, während die angehänglichen Völker, fern vom europäischen Kontinent, sich immer von der Kontinentalpolitik zurückziehen.

5. Die Lage, die sich aus all dem ergeben hat, bietet uns allen Grund zu ernstlicher Besorgnis und droht mit dem Untergang der Besiegten und dem fast unvermeidlichen Untergang der Sieger, wenn man nicht Mittel und Wege findet, Solidarität im wirtschaftlichen Leben neu zu begründen." (S. 233/234.)

Die Schlussfolgerungen, die Nitti aus dieser Lage zieht, sind schlechthin vernichtend für die Schöpfer des Versailler Friedensvertrages und die bisherige Politik der Entente. Er verlangt eine gründliche Revision des Versailler Friedens unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas und der Schaffung von Garantien für eine friedliche Völkerverpolitik. Bei aller seiner Kritik der Nachpolitik Clemenceaus verschließt Nitti keineswegs die Augen vor der besonderen militärisch-strategischen und wirtschaftlichen Lage Frankreichs, wie auch nicht vor den besonderen Verpflichtungen, die Deutschland, dem Hauptschuldigen des Krieges, auferlegt werden müssen. Er tritt dafür ein, daß Frankreich die Sicherheit erhält, daß England und Italien mindestens zwanzig Jahre lang es im Angriffsfall verteidigen. Er tritt ferner dafür ein, daß der Umfang der Abrüstung in den besiegten Ländern, wenn auch mit angemessenen Milderungen, aufrechterhalten bleibt. Die beste Garantie des Friedens sieht er darin, daß zwischen Deutschland, Frankreich und Italien ein Einvernehmen hergestellt wird, das alle ihre Kräfte auf ein einziges Ziel konzentriert. Gleichzeitig verlangt er, daß die Beziehungen zu Rußland wieder ausgenommen werden, und daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Osteuropas, unter hervorragender Mitwirkung Deutschlands, mit aller Energie begonnen werde.

Außerordentlich bedeutsam ist auch das, was der ehemalige italienische Ministerpräsident zur Lösung der Reparationsfrage vorschlägt. Er erklärt, daß das Problem der interalliierten Schulden und das der Entschädigungen nur durch ein gemeinsames Opfer gelöst werden könne, an dem sich alle beteiligten, die in den Krieg verwickelt waren. Die ehrlichste Lösung liege in der vollkommenen Annulierung der interalliierten Schulden, in diesem Falle der Schulden der alliierten und assoziierten Regierungen untereinander, die sie während des Krieges aufgenommen haben. Die Gesamtsumme der Entschädi-

gungslast, die man Deutschland aufbürden könne, berechnet er mit 60 Milliarden Franken, von denen er allerdings 20 Milliarden in Abzug gebracht wissen will als Gegenwert für all das, was Deutschland infolge der Verträge abgeliefert hat. Der Rest von 40 Milliarden soll zur Hälfte in bar, zur anderen Hälfte in Sachleistungen bezahlt werden, und zwar soll die Tilgung dieser Schuld in 10 Jahren erfolgen.

Die hier vorgeschlagenen Zahlungsformen Nittis berühren sich in vielem mit den bereits bekannten Vorschlägen des englischen Finanzsachverständigen Professor Keynes, dessen Gedankengänge auch in sonstigen Beziehungen denen Nittis ähnlich sind. Doch was Nittis Vorschläge besonders wertvoll macht, ist die Tatsache, daß er seine Kritik nicht allein auf die wirtschaftlichen Fragen beschränkt, sondern einen wichtigen Angriff gegen die gesamte politische Gedankenwelt führt, aus der der Versailler Friedensvertrag geboren ist. Nichts spricht so sehr für die Bruchigkeit und innere Unzulänglichkeit des in Versailles geschaffenen Provisoriums, als die Tatsache, daß der damalige Vertreter Italiens in Versailles, der neuerdings wieder eine bemerkbarere Rolle in der italienischen Politik zu spielen beginnt, öffentlich den Bankrott des Versailler Friedensvertrages zu bekunden genötigt ist. Durch alle Wirrnisse der europäischen Politik bricht sich doch die Vernunft allmählich Bahn, selbst in den Kreisen jener, die sich bisher hartnäckig jeder Einsicht verschlossen. Die Gedanken, die bisher nur der internationalen Politik der Arbeiterschaft zugrunde lagen, beginnen nun auch, gestützt durch die Wucht der weltwirtschaftlichen Entwicklung, über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus zu wirken. Nur diese, von ökonomischer und politischer Einsicht getragenen Gedanken und nicht die längst überwindenen, und auf den Reichtümern der Geschichte gehörenden Gedanken des Nationalismus und der Revanche, werden schließlich und endlich auch die Revision des Versailler Friedens herbeiführen, der heute als wichtigstes Hemmnis auf dem Wege der Entwicklung der europäischen Politik und Wirtschaft steht.

Neue Note über die Schutzpolizei

Trifft bis 25. Mai.

Dem Reichsministerium ist am 24. März eine neue Note über die Umstellung der Schutzpolizei zugegangen. Die Note nimmt Bezug auf die Antwort der Deutschen Regierung vom 15. März und legt dar, daß in den Maßnahmen, die zur Umorganisation der Polizei von der Deutschen Regierung angeordnet wurden, verschiedene Lücken enthalten seien. So lasse die Antwort der Deutschen Regierung nicht erkennen, daß die Gesamtheit der deutschen Länder entschlossen sei, der staatlichen Polizei den Charakter zu geben, den sie 1913 hatte. Es wird verlangt, daß die Länder dieses Prinzip zum Ausdruck bringen und daß der Interalliierten Kommission die Anerkennung dieses Prinzips bis zum 5. April zugesichert wird. In der Note heißt es dann weiter:

Des ferneren enthält das Schreiben keine genauen Angaben über die Zahl der Schutzpolizeieinheiten, deren Aufstellung es vorzieht. Es müssen aber alle vorhandenen Einheiten, die in der Organisation von 1913 nicht bestehen, verschwinden. Die einzelnen genehmigten Zusammenfassungen sind diejenigen, welche in dieser Organisation vorhanden waren. Eine Vermehrung ihrer Zahl

kann nur in gleicher Weise angefallen werden, wie Me Weidmannen, von denen eben gesprochen ist.

Schließlich ist zu dem Schreiben keine der folgenden Fragen erwähnt: 1. Maßnahmen, die bezwecken, daß die Ausstellungsverhältnisse bei der Polizei geordnet zu werden; 2. Abschaffung der Verwaltungsdienststellen der Schutzpolizei; 3. Abschaffung der Stäbe, die unter verschiedenen Formen bei Zivilbehörden gebildet sind; 4. Verabschiedung der militärischen Kadres der Sicherheitspolizei, die in der letzten Polizei erhalten geblieben sind; 5. Verbot militärischer Übungen, da die Polizeiangestellten gemäß Artikel 102 des Friedensvertrages nur im Einzelgebrauch der ihnen zur Verfügung gestellten Waffen unterrichten werden dürfen.

Die Interalliierte Kommission verlangt zum Schluß, daß die Umstellung der Polizei nach den genannten Richtlinien zugelassen wird. Bis spätestens zum 25. Mai sollen die deutschen Länder Ausführungsbestimmungen erlassen, die zur Sicherheit der Umstellung ihrer Polizei unentbehrlich sind.

Ein Tendenz-Urteil

Legationssekretär a. D. Dr. Runo Liemann ist gestern vom Schöffengericht in Charlottenburg wegen Beleidigung eines Beamten des auswärtigen Dienstes zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Nach den Worten des Vorsitzenden des Gerichts soll die Höhe der Strafe zugleich eine Warnung an Liemann sein und ihn davon abhalten, in der Zukunft ähnlicher Weise vorzugehen.

Aus der vorstehenden Meldung geht nicht hervor, worin das Schöffengericht in Charlottenburg den Tatbestand einer Beleidigung erblickt hat. Soweit und bekannt, hat Herr Dr. Liemann bisher stets in durchaus sachlicher, wenn auch scharfer Form, in verschiedenen Zeitungen Kritik an den Missetatungen im Auswärtigen Amt geübt. Diese Kritik war durchaus geboten, und im öffentlichen Interesse unerlässlich. Die „Warnung“ des Vorsitzenden des Schöffengerichts, in Zukunft in ähnlicher Weise vorzugehen, ist deshalb eine grobe Ungehörigkeit, die auf das schärfste zurückgewiesen werden muß.

Amerika

geht in die Reparations-Kommission

Newyork, 24. März (Funkdruck).

Wie dem Vertreter der „Associated Press“ zu der Meldung, daß Harding den Kongress zu ersuchen gedente, die Ernennung eines amerikanischen Mitglieds der Reparationskommission zu bewilligen, aus Washington mitgeteilt wird, habe die jüngste Entwicklung der Lage in Europa, namentlich die Forderung von 241 Millionen Dollar für die amerikanischen Besatzungstruppen, die leitenden Stellen der Regierung zu der Ansicht gebracht, daß den Interessen Amerikas in besserer Weise als bisher gedient werde, wenn ein offizieller Vertreter zu der die deutschen Angelegenheiten behandelnden Allierten Kommission entsendet werde.

Annahme des Viermächteabkommens

Newyork, 24. März (Funkdruck).

Mit 67 gegen 27 Stimmen erfolgte im Senate die Annahme des Viermächteabkommens, nach Ablehnung von ungefähr zwanzig Änderungsanträgen und Vorbehalten. Die Vorbehalte, die angenommen wurden, und denen Präsident Harding zustimmte, wurden in dem folgenden Satz zusammengefaßt: „Die Vereinigten Staaten nehmen an, daß in diesem Vertrag keine Verpflichtung zum Einschreiten der bewaffneten Gewalt, kein Bündnis und keine Verpflichtung, sich an irgendwelchen Verteidigungsmaßnahmen zu beteiligen, erblickt werden darf.“

Preussische Barbaren

Eine zeitgemäße Erinnerung an 1848.

Am 18. März sind wie alljährlich Hunderte Berliner Arbeiter zu den Gräbern der Märzgefallenen im Friedrichshain gewandert, um das Andenken daran zu ehren, die vor mehr als sechzig Jahren ihr Leben für die Freiheit geopfert haben. Wie der Revolution von 1848, so ist auch der Revolution von 1918 eine Periode der Enttäuschung und Entmutigung gefolgt. Aber so verschiedenartig auch die Ursachen und der Verlauf dieser beiden Revolutionen waren, so sehr hat sich auch das Bild der um die Macht ringenden Schichten geändert — eine Klasse ist ihrer Bestimmung und ihren Verpflichtungen treu geblieben: nämlich die Militärs.

Genau so wie während der verschiedensten revolutionären Kämpfe der letzten drei Jahre die preussische Soldateska gegenüber den kämpfenden Arbeitern austrat, genau so offenbarte sie ihre Bestimmung in den kurzweiligen Tagen des Jahres 1848. In einem Buche „Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit“, verlegt bei Wilhelm Langewiesche, finden wir neben anderen historisch wertvollen Dokumenten auch Berichte von Augenzeugen über das Verhalten der Offiziere und Soldaten gegenüber den kämpfenden und gefangenen Revolutionären. Die Berichte sind derart aktuell, daß sie fast bis aufs Wort jenen Schilderungen gleichen, die über das Verhalten der Kosaken Soldaten teils in Presseberichten, teils vor Gericht der Öffentlichkeit gegeben wurden.

Während objektive Augenzeugen und Teilnehmer an der Bewegung des Jahres 1848 das Verhalten der kämpfenden Revolutionäre lobten, ihre mutigste Haltung, ihren Mut und ihre aufopfernde Dinge, erscheinen in den Berichten der Offiziere die kämpfenden Revolutionäre als heruntergekommenes Gefindel, verflucht und dem Trunke ergeben. Ein Beweis, daß damals wie heute in den Köpfen der Offiziere ein Wandel nicht eingetreten ist. Demgemäß wurden auch die Soldaten gegen die kämpfenden aufgebracht, und die Wut der Soldaten machte sich dann durch Mißhandlungen der Gefangenen Luft. So schildert Prinz Hohenzollern, daß sich seine Soldaten, die während der Kämpfe im Lustgarten in Reserve standen, sehr langweilten und bei Eintritt der Dunkelheit unruhig hin und her trippelten. Schließlich bot sich ihnen eine angenehme Unterhaltung. Es wurden Gefangene eingebracht. Die Soldaten begriffen nicht, daß man überhaupt Gefangene machte. Die Fahrer

mit Kanonen oder Peitsche, die Kanoniere mit Säbel oder Seitengewehr umkreisten jeden Transport Gefangener und lauerten der Begleitmannschaft jeden Augenblick ab, um durch einen geschickten Hieb dem Gefangenen ihren Haß fühlbar zu machen.

Prinz Hohenzollern behauptet, die Offiziere hätten sich bemüht, diesem Unfug zu steuern. Das sei aber nicht möglich gewesen, da „in der Dunkelheit die eigenen Leute nicht zu erkennen waren“. Das ist natürlich nur eine recht durchsichtige Ausrede. Daß die Mißhandlungen der gefangenen Revolutionäre gang und gäbe waren, geht deutlich aus einem Bericht des Kunstmalers Ludwig Pieisch aus Danzig hervor, der die Kämpfe mitgemacht hatte und in Gefangenschaft geriet. Sein Bericht sei hier wörtlich wiedergegeben:

„Am 18. März, um 11 Uhr abends ungefähr, wurde ich mit vier Männern nach heftigem Kampfe vom Dach hinauf auf dem Boden eines erkürzten Hauses in der Gertrundenstraße verhaftet, von dem Grenadiere fast erwidert und unter Kolbenhieben die Treppe hinunter nach der Gertrundenstraße geschleppt, von wo man uns im Verein mit vielen dort schon eingebrachten Gefangenen nach dem Schloß führte. Von den Mißhandlungen auf diesem Wege will ich schweigen. Die Wut der Soldaten, denen wir mit allen Kräften von den Dächern herab zugelegt hatten, rechtsfertigen sie allenfalls. Im Schloß selbst wurden wir von den dort aufgestellten Musketeieren mit gemeinen Schmäuhungen jeder Art, Faustschlägen und Kolbenhieben empfangen. Ein verwundeter Soldat in der Feldmütze, den linken Arm in der Binde, drängte sich an jenen Neulingebrachten heran mit den Worten: „Du Hund hast von mir noch nicht gekriegt!“ ihm einen Faustschlag verlegend.“

So human sich der und verhaltende Offizier gegen uns gezeigt hatte, indem er, soweit es irgend möglich war, seine Soldaten durch Wort und Tat an ihren Mißhandlungen zu hindern suchte, so brutal zeigte sich hier ein anderer. Ein junger Leutnant, auf einem Stuhl stehend, rief den Leuten zu: „Grenadiere, wie könnt ihr solche Hunde nur noch einbringen? Auf der Stelle totschießen!“ worauf der Grenadier, der mich hielt, ganz traurig erwiderte: „Ja, wenn wir das gewußt hätten, Herr Leutnant!“

Nachdem der Kriminalkommissarius uns visitiert, unsere Namen, Stand usw. aufgeschrieben, wurden wir durch die Reihe von Soldaten in den Schloßkeller geschleppt und setzten, dort noch einmal visitiert und dann im hintersten Räume zu mehreren Hunderten zusammengelockert. Eine

wunderliche Gesellschaft! Studenten, Bürger, Kaufleute, Arbeiter, Lehrbücher, Künstler, teils mit fürchterlichen Kopfwunden und das Gesicht mit Blut bedeckt, stehend oder zusammengekauert auf dem modrigen Steinboden und doch durchschnittlich in heiterer Unterhaltung über die Ergebnisse des schönen Nachmittags. Einmal feuerte ein draußen stehender Polke durchs Kellerefenster mitten unter uns hinein, sei es, daß sich jemand dem Kellerefenster zu sehr genähert haben mochte, oder aus blohem Belieben.

Um 4 Uhr wurden wir in den Schloßhof hinausgebracht und von den pommerischen Grenadiere und Mänen eskortiert, setzte sich der Zug die Tinten hinunter in Bewegung, wie wir glaubten, nach dem Moabitte Zellengefängnis. Vor dem Brandenburger Tor blieb ein neuer Trupp Gefangener zu uns, die welchen zu zweien aneinander gebunden. Sie hatten während der Nacht in dem Kriegsministerium kampiert. Wir wurden nun in Reihen zu vier Mann dicht hintereinander aufgestellt, so dicht, daß jeder sich die Beine an den Haken seines Vordermannes fast zerbrechen und zugleich die eigenen Haken von seinem Hintermann mund freiem lassen mußte. Auf jeder Seite des Zuges marschierten die Grenadiere zu zweien.

Ungefähr beim Großen Stern angelangt, hörten wir zuerst Spandau als das Ziel unserer entscheidenden Reise nennen, und das raubte uns die letzte tröstliche Hoffnung. Wir hatten von jetzt an die raffiniertesten Martern zu erdulden. Das Wort ist hart aber wahr: eine überlegte Bosheit und Grausamkeit, wie sie in der neueren Geschichte zivilisierter Staaten einzig dasteht, wurde gegen uns angewandt. Mit Kolbenhieben trieb man die Vordersten zum Trab an, mit Kolbenhieben und Hieben mit den Hinten über den Kopf, Faustschlägen ins Gesicht unsere hinteren Reihen, jenen zu folgen. „Will der Hund ran!“ „Gaut den Hund tot!“ war der ewige Refrain dazu. Wer bitten oder sich entschuldigen wollte, bekam sicher einen Schlag auf Mund und Nase.

Besonders hatte man es auf die Verwundeten abgesehen. Welchem Nebenmann, der im königlichen Rathaus einen Bajonettschlag durch den Oberarm und einige Kolbenhiebe über den Schädel erhalten hatte, dessen Haar, Gesicht und Rockfalten von Blut getränkt war, versetzte ein Soldat einen wohlgeübten fürchterlichen Schlag mit dem Fintenlauf auf die frischen Wunden, daß der kräftige junge Mann schreiend zusammenstank und ein neuer Blutstrom über sein Gesicht rann. Mit Mühe schleppte ich ihn weiter. Neben ihm wurde

Erziehung zur Republik

Uns wird geschrieben:

Auf der Oktobertagung des Bundes entschiedener Schulreformer wurde von einem der Referenten die Forderung aufgestellt, die früheren Militärerziehungsanstalten in moderne republikanische Schulen umzugestalten. Wie angebracht diese Anregung war, bewiesen schlagend die traurigen Vorkommnisse in Pflanzfeld. Ueber diese selbst ist bereits so viel, teils Zutreffendes, teils Ungehöriges gesagt worden, daß der Fall als erledigt betrachtet werden dürfte. Die allgemeinen Gesichtspunkte jedoch, welche sich aus ihm ergeben, sind längst noch nicht erschöpft.

Daß diese Anstalt, und nicht nur diese allein, sondern alle derartigen Anstalten aufgelöst werden müßten, daran kann wohl keinen Augenblick gezweifelt werden. Nur auf diese Weise wäre der Geist, der in diesen herrscht, auszurotten. Es klingt wie Hohn, daß für jeden dieser Schüler noch ein Staatszuschuß von 11 000 M. gewährt wurde. Bieviele Millionen müßten nun dem Staate alle diese Anstalten zusammen kosten, wenn die Pflanzfelder Anstalt allein ihm 5 1/2 Millionen Mark jährlich zu stehen kommt. Der republikanische Staat erlaubt sich hier den unbegreiflichen Luxus, geistlose Söhne geistloser Eltern zu Menschen- und Volksverächtern heranzuzüchten, während die Fähigkeiten und der Bildung wahrhaft Würdigen unter der Arbeiterjugend nur auf das kümmerlichste ihren Wissensdrang zu befriedigen in der Lage sind.

Nun soll der Abbau der Pflanzfelder Anstalt beschleunigt und Neuaufnahmen sollen nicht mehr vorgenommen werden. Das würde natürlich zu einer weiteren Verteuerung des Aufenthalts eines jeden Bögling führen. Andererseits leuchtet es ja ein, daß die demokratische Republik, die nun fast 4 Jahre hindurch so große Summen zur Züchtung einer so zahlreichen monarchistischen Brut herzugeben konnte, noch größere Summen zur Heranbildung wirklicher Träger des zukünftigen wahrhaft demokratischen Gemeinwesens sich leisten dürfte. So muß denn Gedanken näher getreten werden, die Pflanzfelder Anstalt schon in kürzester Zeit zu einer republikanischen höheren Schule für diejenigen Volksschüler auszubauen, deren Mittellosigkeit die Erziehung auf Kosten des Staates gerechtfertigt erscheinen läßt. Zieht man in Betracht, daß die Erziehung in den auf neuesten Grundlagen aufgebauten Land-erziehungsheimen, in denen nur Kinder wohlhabender Eltern Unterkunft finden, auch nicht mehr als 1000—1200 M. monatlich kostet, so würde der Zuschuß, der jetzt den früheren Militärerziehungsanstalten vom Staate gewährt wird, genügen, um bei ökonomischer Wirtschaftsführung unter Wegfall des überflüssigen Lehrpersonals in der Gestalt von Hausdamen und Studienräten diese Anstalt zu obengenannten Zwecken nutzbar zu machen. Mit einer allmählichen, Jahre andauernden „Abwicklung“ dieser Anstalt wäre der Sache wenig gedient. Ein Ausweg könnte vielleicht gefunden werden, indem man zu gleicher Zeit an die Auflösung aller anderen ähnlichen Anstalten schreiten würde. Dann könnten die Böglinge der Pflanzfelder Anstalt ohne weiteres auf die anderen Anstalten verteilt werden und so mit der Schaffung einer Schule auf völlig neuer Grundlage begonnen werden.

Ob dieser Weg hier der richtige ist, mag dahingestellt bleiben; vielleicht könnte ein anderer, besserer gefunden werden. Eins steht jedoch fest: das republikanische Deutschland hat dafür Sorge zu tragen, daß die früheren geiststüben militärischen Diskursanstalten bis auf den Grund vernichtet werden, und daß an ihrer Stelle andere, republikanische Erziehungsheime entstünden. Die Entzweiung der alten Anstalten können für diese Zwecke ausreichen, besonders wenn ein Teil der bemittelten Böglinge ihren Unterhalt selbst bestreiten würden. So entsteht für die sozialistischen Fraktionen die Aufgabe, mit aller Energie zu fordern: 1. daß eine Revision aller früheren Militär-anstalten vorgenommen werde, 2. daß eine Auflösung aller dieser Anstalten grundsätzlich beschlossen und an die

ein kleiner Tischlerlehrling mit dem sanftesten Gesicht auf noch empfindendere Weise gequält. Fast alle fünf Minuten ein neuer Faustschlag, mit Nebenarten begleitet, wie: „Du Hund, hast vielleicht so reichsaffene Eltern — kommst du nicht zu Bett gehen?“ usw.

Nach einer kleinen Weile trank der Soldat aus seiner Flasche (jeder trug eine im Brotbeutel): „Wills auch was trinken, mein Schöndchen?“ fragte er lachend, und als der arme Junge den Kopf in die Höhe hob, schlug er ihm von unter heraus in die Nase, daß sie blutete. Ein Student aus München, dessen hohe Gestalt, edle Haltung und freier Kopf die Herren besonders zu ärgern schien, erhielt unaussprechlich Radenstöße mit den Knöben und Fäusten, die ihn jedoch nicht einen Augenblick aus seiner imposanten Ruhe brachten.

Der mir zunächst schreitende Grenadier war im ganzen ziemlich gnädig; er beschränkte sich auf einige Stöße gegen den Schenkel, in den Rücken und einen Bajonettschlag in den Schlaf. Dafür aber suchte er mich durch die geistvollsten Anreden zu erschrecken. Hier nur einige, für deren Vorklang ich bürge: „Ihr Hunde dachtet wohl, wir sind Pariser? Ne, wir sind Pommern!“ — „So'n Hund muß doch gar keinen Verdacht in seinem Koppe haben, so'n Landbesitzerer, das Bajonett in die Kalbbaunen, 'ne Angel ist zu schad' — „Vrehsfreiheit wollt ihr Hunde? Da habt ihr was!“

Einmal fiel ein Schuß hinter uns; man sagte, es sei einer erschossen, der nicht weitergekommen hätte und niedergestürzt sei. Die vor mir Stürzenden wurden durch Fußtritte und Bajonettschläge wieder zum Bewußtsein gebracht. Die Offiziere ließen teils alles ruhig geschehen, teils hatten ihre lauten Aufforderungen, die Mißhandlungen einzustellen, keine wirkende Kraft.

Ich könnte noch entsetzliche Einzelheiten erzählen, doch genug der furchtbaren Erinnerungen. In Spandan wurden wir im Trabe eingezogen, wie eine Hammelherde zur Schlachtbank. Wir dachten auch nicht anders, als erschossen zu werden, als man uns auf dem freien Platz der Zitadelle aufstellte; wir glaubten, das Volk sei besesselt, und die militärische Diktatur herrsche in Berlin. In jenen schrecklichen Augenblicken hätten wir den Tod den kalten, engen Kassenwänden vorgesogen, in die man uns, 570 an der Zahl, einzwang.“

Wenn man sich der brutalen Behandlung der verhafteten Matrosen im März 1919 in Berlin erinnert, dann sieht man, daß sich die Soldateska nicht geändert hat!

technische Vermittlung derselben gegangen werde, daß die Erziehungsanstalten planvoll zu modernen republikanischen Erziehungsheimen umgestaltet werden.

Ob der Minister Voellig, der ja bereits kein Beigegeben zu haben scheint, den Mut ausbringen wird, um diese Maßnahmen durchzuführen, darf angezweifelt werden. Es gilt jedoch mit aller Energie für ihre Verwirklichung einzutreten. Das schadet man in gleichem Maße wie der Republik so auch den Proletarier-Kindern.

Die letzten Stunden in Spaa

„Um die Dynastie zu retten“

Ein Berliner Abendblatt bringt aus dem angekündigten Buche über die Flucht des ehemaligen Kaisers und die letzten Stunden in Spaa neue Auszüge. Es wird behauptet, daß Prinz Max von Baden am Morgen des 9. November mit dem Kaiser ein Telefongespräch geführt habe, das den Inhalt, daß der Kaiser so fort zurücktreten müsse, da der Einfluss der Bolschewisten immer mehr um sich greife und daß die Mehrheitssozialisten sich nicht mehr dagegen halten könnten. Um 11 Uhr vormittags gelangte aus dem Auswärtigen Amt folgender Telephonanruf nach Spaa:

„Man glaubt, daß heute im Laufe des Nachmittags von Arbeiter- und Soldatenräten die Republik mit Diebstahl an der Spitze ausgerufen wird. Die Regierung ist hiergegen machtlos. Die Truppen in der Heimat sind bisher ohne Ausnahme zu den Revolutionären übergegangen. Man glaubt nicht, daß die Truppen in Berlin sich anders verhalten werden. Der Unterstaatssekretär Hittler Erzelenz v. Stüge, seinen Einfluss geltend zu machen, daß seine Majestät sofort abdanken müsse, um dadurch die Dynastie zu retten, die sonst zweifellos verloren wäre.“

Im Verlauf des Nachmittags setzte dann ein wahres telephonisches Trommelfeuer aus Berlin ein. Immer wieder wurde betont, es bleibe kein anderer Ausweg als die Abdankung. Wilhelm wollte aber durchaus nicht gehen. Er ließ seine Villa in eine Festung verwandeln, Waffen und Munition herbeiführen, um sich gegebenenfalls verteidigen lassen zu können. Mit der Bewachung des Kaisers war das Starnbacher Regiment beauftragt, das von Kocke später zum Kampf gegen die Arbeiter verwendet wurde und sich dabei allerlei Vorbeeren holte.

Im Großen Hauptquartier ging indessen alles drunter und drüber. Es wurde bestimmt behauptet, von Tachen her seien 10 000 Matrosen im Anzuge gegen das Hauptquartier, um den Kaiser gefangen zu nehmen und nach Berlin zu transportieren. Wilhelm mußte dann schließlich nach Holland dampfen. Die Generale, die ihm diesen Rat gaben, haben von ihrem Standpunkt aus politisch nicht unklug gehandelt. Sie wußten, daß ein Kampf gegen die revolutionären Truppen der Heimat mit einer schimpflichen Niederlage enden würde. Deshalb brachten sie den Kaiser in Sicherheit, boten der Republik ihre Dienste an, stellten sich zum Schein auf den Boden der Tatsachen, um die Truppen im Kampf zum angeleglichen Schluß der Ordnung neu zu sammeln und eine um so günstigere Zeit für die Monarchie abzuwarten. Dieser Trick ist ihnen, nicht zuletzt dank dem Verhalten der Reichssozialisten in der revolutionären Epoche, auch ganz gut gelungen. Ihren Kaiser werden sie freilich nicht zurückholen vermögen. Dafür sorgt wachsam und treu die deutsche Arbeiterklasse.

Der Segen des Stahlbades

46 Tote und 109 Verwundete pro Stunde.

Die Gesamtverluste der deutschen Wehrmacht im Weltkrieg betragen nach neuesten, im Januar d. J. abgeschlossenen Rechstellungen, auf Grund amtlichen Materials: 1 808 356 Todesfälle und 4 246 779 Verwundungen, erreichten also eine Gesamtziffer von 6 055 134. Im Kriege 1870/71 wurden 41 418 Tote und 88 545 Verwundete gezählt, das Heer hat also damals einen Gesamtverlust von 129 963 Adelen erlitten. Der deutsche Verlust im Weltkrieg bedeutet nach Berechnungen, daß an jedem einzelnen der 1623 Tage des Weltkrieges 1114 Tote und 2616 Verwundungen, in jeder einzelnen Stunde 46 Tote und 109 Verwundungen zu beklagen waren. Aus dem reichen tabellarischen Material, das hier zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, sei ferner hervorgehoben, daß die Gesamtzahl der deutschen Kriegsteilnehmer 13 Millionen betrug. Von je 7 Mann ist also einer im Felde geblieben. An Kriegsgefangenen verloren vom Hundert der männlichen Bevölkerung Preußen 5,64%, Bayern 5,02%, Sachsen 5,43%, Württemberg 6,28%, das Deutsche Reich 5,41%. Von der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches betragen die Kriegsgefangenen 2,79%. Nach den Berechnungen des Generals von Altrud hat Deutschland durch den Weltkrieg und seine Folgen einen Seelenverlust von 2 011 Millionen erlitten.

Die Extraprofite des Herrn Stinnes

Der „Sozialistischen Korrespondenz“ gehen über die Geschäfte des Herrn Stinnes mit der Reparationskommission nach folgenden Mitteilungen zu:

1. Nicht im Reichskohlenrat, sondern im Hauptausschuß des Reichstages, bei der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums am 18. März, hat der Reichskohlenkommissar auf eine sozialistische Anfrage die Mitteilungen der Rheinisch-Westfälischen Zeitung bekräftigt und erklärt, er gänze Herrn Stinnes den Gewinn gerne.

2. Im Reichskohlenrat sind keinerlei Mitteilungen über das Stinnes-Geschäft gemacht worden, obwohl das Kohlenwirtschaftsgesetz dem Reichskohlenrat die Pflicht auferlegt, die gesamte Kohlenwirtschaft einschließlich des Außenhandels nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu leiten. Auch bei den langwierigen Verhandlungen über Preisfestlegung, Lohnzuschläge usw. ist kein Wort über den Extragewinn von Stinnes an den Reparationskohlen mitgeteilt worden.

3. Als am 18. März im Hauptausschuß des Reichstages wegen der Stinnesprämie angefragt wurde, erklärte Staatssekretär Hirsch, die Sache ginge das Wiederaufbauministerium an; er bitte um Vertraulichkeit; er werde demnächst Auskunft geben. Im Augenblick war er völlig uninformiert.

4. Der Etat des Wiederaufbauministeriums war bereits im Hauptausschuß erledigt; irgendeine Mitteilung über die Stinnesprämie ist jedoch dabei nicht gemacht worden.

5. Am 18. März erließ der Reichskohlenkommissar im Hauptausschuß des Reichstages und gab die

unter Ziffer 1 mitgeteilte Erklärung ab. Er war also offenbar der allein Wissende.

6. Der Reichskohlenkommissar erklärte aber weiter, er habe seinerseits die Weiterleitung der Prämie von 8 Frank an das Kohlenyndikat veranlaßt.

7. Auf die Frage, welcher Betrag dem preussischen Bergwerksfiskus als Mitglied des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats von der Prämie von 8 Fr. pro Tonne zugeflossen sei, erklärte im Haushaltsausschuß des Landtages am 24. März das preussische Handelsministerium, ihm sei von diesem Prämienbetrag nichts bekannt, der Bergfiskus habe noch keinen Betrag erhalten. Weitere Feststellungen werde das Handelsministerium treffen.

Noch immer Sepp Oerter

Braunschweig, 25. März.

Sepp Oerter richtete heute erneut Angriffe gegen die Mitglieder des braunschweigischen Gesamtministeriums denen er ähnliche Vergehen vorwirft, wie diejenigen, denen er geziehen wurde. Wie die braunschweigische Landeszeitung erzählt, hat das braunschweigische Staatsministerium die Einhebung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in dieser Angelegenheit beantragt.

Parteientrale und „Freiheit“-Redaktion

Zentralleitung, Parteirat und Kontrollkommission verhandelten in ihrer Sitzung vom 24. März 1922 mit der Redaktion der „Freiheit“ über deren politische Haltung.

Nach § 10 Absatz 4 unseres Organisationsstatuts steht den Zentralinstanzen unserer Partei das Recht zu, von jedem Parteimitglied die Beachtung der Parteigrundsätze und Parteitagbeschlüsse zu fordern. Im vorliegenden Fall hat sowohl die Redaktion selbst in einem ausführlichen Schriftsatz die Zentralinstanzen der Partei ausdrücklich um eine Stellungnahme zu der Haltung der Redaktion ersucht, als auch die Organisation von Groß-Berlin um eine Meinungsäußerung der Parteientrale gebeten.

Nach ausführlicher Aussprache wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Zentralleitung, Parteirat und Kontrollkommission haben in wiederholten Beratungen mit der Redaktion der „Freiheit“ versucht, eine einheitliche Auffassung über die politische Haltung unserer Partei und deren Vertretung nach außen hin herbeizuführen.

Zentralleitung, Parteirat und Kontrollkommission können sich ein gedeihliches Wirken der Redaktion der „Freiheit“ für die Interessen unserer Partei und damit für die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung nur dann versprechen, wenn die Redaktion der „Freiheit“ in Zukunft klar und entschieden die Politik vertritt, die in Einklang steht mit den Parteitagbeschlüssen, insbesondere mit dem Manifest des Leipziger Parteitages.“

Die Parteientrale hat durch ihren Beschluß wunschgemäß der Redaktion und der Groß-Berliner Organisation ihre Auffassung über die politische Haltung der Redaktion zu erkennen gegeben.

Diesem Bericht, den wir dem „Unabhängigen Zeitungsdienst“ entnehmen, müssen wir hinzufügen, daß die Redaktion der „Freiheit“ bemüht war, eine Differenz mit den zentralen Körperschaften unserer Partei im gegenwärtigen Augenblick zu vermeiden. Obwohl seit einiger Zeit Unterschiede in der Einschätzung der politischen Situation und der sich daraus ergebenden Taktik zwischen Zentralkomitee und der Berliner Parteileitung auf der einen und der Redaktion der „Freiheit“ auf der anderen Seite in Erscheinung getreten sind, hatte die Redaktion es mit Rücksicht auf die durch den Verkauf der Druckerei veranlaßte technische Umgestaltung des Betriebes unterlassen, die Lage durch parteipolitische Auseinandersetzungen noch zu erschweren. Die Redaktion formulierte ihre Auffassung bereits am 15. Februar in einem Schreiben, das der Sitzung des Parteirates am 21. Februar als Grundlage für eine Erörterung über die politische Haltung der „Freiheit“ vorgelegt werden sollte. Aus äußeren Gründen kam es nicht dazu. Ebeniowenig später, weil infolge der Frankfurter Internationalen Konferenz zunächst keine Sitzungen der Zentralleitung stattfanden. Die von der Redaktion gewünschte Aussprache wurde dadurch verschoben.

Am Montag, den 6. März, fand sodann eine gemeinsame Sitzung der Berliner Parteileitung, des Zentralkomitees, der Pressekommision und der Redaktion statt. In dieser Sitzung ist an die Redaktion erneut die Aufforderung gerichtet worden, sie möge Klarheit über ihre politische Auffassung schaffen. Der Vertreter der Redaktion gab sofort die Erklärung ab, daß die Redaktion bereit sei, diesem Verlangen der Körperschaften zu entsprechen. Sie reichte darauf dem Zentralkomitee, der Berliner Parteileitung und der Pressekommision ihr bereits am 15. Februar formuliertes Schreiben ein. Darauf bezieht sich der obenstehende Bericht, wenn er sagt, die Redaktion habe selbst um eine Stellungnahme der zentralen Instanzen zu ihrer Haltung ersucht. Diese Stellungnahme ist in der Konferenz der Zentralleitung, des Parteirates und der Kontrollkommission vom 24. März erfolgt und hatte als Ergebnis den oben abgedruckten Beschluß.

Die Redaktion erblickt in diesem Beschluß der zentralen Körperschaften den Vorwurf, daß sie bisher eine Politik vertreten habe, die nicht im Einklang mit den Parteitagbeschlüssen, insbesondere dem Manifest des Leipziger Parteitages, stehe. Die Redaktion teilt diese Auffassung nicht. Sie erblickt darin ein Mißtrauensvotum der zentralen Körperschaften, aus dem sie die nötigen Konsequenzen ziehen wird.

Zähne 6 u. 9 Mk. mit Friedenskautschuk

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnzahnen mit Befähigung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise

Zahn-Praxis Halvani, Danziger Straße 1.

Der Protest gegen den Höchstmietenzuschlag

Eine Aktion des Mieterbundes.

Die Einspruchsfrist beim Oberpräsidenten gegen die vom Magistrat beschlossenen Zuschläge zur Friedensmiete von 120 bis 180 Prozent läuft erst am 3. April ab.

Bei der Fähigkeit und der vor keinem Mittel zurückschreckenden Art der Hausbesitzer ist es nicht ausgeschlossen, daß diesen der unfaubere Plan gelingt.

Die Mieterorganisationen werden vor weiteren Schritten alle Mittel erschöpfen, die geeignet sind, die Rechte der Mieter zu wahren.

Die Mieterschutzvereinigung Groß-Berlin nebst ihren angeschlossenen Gruppen protestieren hiermit aufs schärfste gegen den Beschluß des Magistrats, den Mietzuschlag auf 120 Prozent zu erhöhen.

Der Beschluß verstößt gegen § 4 Abs. 1 d. S. M. B., da er nicht von einem paritätisch zusammengesetzten Ausschuss gefaßt wurde; abermals hat sich Herr Dr. Steiniger als Vorstandsmitglied einiger Grundstücksbanken nicht geschont.

Die Mitglieder vorstehender Organisationen gehören den ärmsten Schichten der Bevölkerung an und sind außerstande, irgendwelche Erhöhungen auf sich zu nehmen.

Wir bitten den Herrn Oberpräsidenten daher dringend, von seinem Einspruchsrecht Gebrauch zu machen und die Mieterchaft vor weiterer Verleumdung zu schützen.

Da außer diesem Protest auch von anderen Mieterorganisationen Proteste eingereicht, beziehungsweise in Vorbereitung sind, muß dazu von den Behörden Stellung genommen werden.

Nach einer neueren Meldung beabsichtigt das preussische Wohlfahrtsministerium höchstens einen Zuschlag von 100 Prozent zu genehmigen.

weist, wie leichtfertig man den Forderungen der Hausbesitzer entgegengekommen, und wie notwendig eine erneute Prüfung ihrer Forderung ist.

Das Ende der langfristigen Mietverträge Das Reichsmietengesetz.

Nach dem neuen Reichsmietengesetz, das durch erneute Verlautbarungen am 1. Juli d. J. in Kraft treten soll, kann der Vermieter jederzeit erklären, daß an Stelle der bisher gezahlten Vertragsmiete die gesetzliche Miete festgesetzt werden soll.

Große öffentliche Versammlungen

am Dienstag, den 28. März, abends 7 Uhr in folgenden Lokalen:

- Siechhoffstraße, Eldenaerstraße. Comeniusstraße, Memeler Straße 67. Königsbank, Gr. Frankfurterstraße 117. Irminhallen, Kommandantenstraße 58-59. Grammanns Festäle, Rannysstraße 27. Schulaula, Greifenhagenerstraße 20. Büttner's Festäle, Schwedterstraße 23-24. Ewinemünder Gesellschaftshaus, Ewinemünderstr. 42. Germania-Säle, Chausseestraße 110. Stadttheater Alt-Neubau 47-49. Lichtenberg: Aula Parkau, an der Müllendorferstraße. Panlow: Schulaula, Bollaufstraße 133. Neutölln: Aliens Festäle, Dahlenheide. Brig: Chausseestraße 97 bei Bieder. Pantwig: Lehmanns Festäle, Kaiser-Wilhelmstr. 29-31. Schönberg: Hohenzollernschule, Belziger Straße. Sieglitz: Gymnasium Seefeststraße. Zehlendorf: „Kaiserhof“, Poissdamer Straße 50.

Am Montag, den 27. März: Rationalhof, Bülowstraße 37.

Am Mittwoch, den 29. März: Schulaula, Grünthaler Straße 5.

Tagesordnung: Die Teuerung steigt — Das Elend wächst. Wo ist ein Ausweg?

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Erscheint in Massen in diesen Versammlungen!

Bezirksverband Berlin-Brandenburg u. S. P. D.

Miete zu zahlen hatten, mitbezahlt werden. Das war allerdings falsche Rechtsprechung der Mietseinsichtsamter, da derartige Fehlbeträge von den Hauswirtsbilanzen einfach abgesetzt werden mußten.

Eine ausführliche Beschreibung und Erläuterung des Reichsmietengesetzes enthält die in den nächsten Tagen vom Verlag der Freiheit herausgegebene Broschüre „Das Reichsmietengesetz“.

Gruppen und kein Ende

Die Affen woer den Fall Gruppen (weinen mit seinem selbstgewählten Tode noch lange nicht geschlossen zu sein. Das liegt in der Natur der Sache. Auch in der Natur der Sache, wenngleich in anderer Sinne, ist die Art und Weise begründet, wie die bürgerliche Presse sich mit diesem Fall auseinandersetzt.

Und in welchem Kontrast zu dieser Sensationsmache steht in Wirklichkeit die Tragik des Falles selbst. Nach dem Tode der Gruppen dauert der Streit der Ehrengebe seines Prozesses um sein Leben fort.

Es bedarf einer weit ausschotenden literarischen Phantasie oder einer selten anzureichenden Erfahrung, um in das tiefste innere Erleben des zum Tode Verurteilten einen Blick werfen zu können.

Dem Sinnismus des Gesetzes, der für sich allein das Unrecht auf Mord beansprucht, hält hier jener Teil der Presse die Wage, der darüber entrüstet ist, daß ungenügende Aussicht im Gefängnis Gruppen den Selbstmord ermöglicht hat und ihn der „irdischen Sühne“ entgehen ließ.

Waschstoffe: Bedruckt Foulardine in modern. Mustern Mtr. 42.-. Bedruckt Kaschmir türkisch gemustert Mtr. 42.-. Bedruckt Voll-Voile in neuen Mustern Mtr. 78.-. Kleiderstoffe: Popeline mit kunstseid. Streifen Mtr. 58.-. Rockstoffe im Herrenstoffgeschmack, gute Zwirnqualität, 140 cm Mtr. 125.-. Reinwoll. Kleiderstoffe: Popeline, hell- u. dunkelfarbig 105 cm breit Mtr. 160.-. Reinw. Gabardin u. Kammgarntwill in neuesten Farben. Seidenstoffe: Jackenfutter Halbselbe Mtr. 78.-. Foulard 90 cm Mtr. 198.-. Bastseide farbig, gemustert 85 cm Mtr. 225.-. Kleiderseide einfarbig 87 cm Mtr. 267.-. Gestreifte Bastseide für Blusen u. Hemden 82 cm Mtr. 278.-.

Wolfsrauel GEOR. 1815 * BERLIN C * KÖNIGSTR. * SPANDAUERSTR. Damenkleidung: Jumper aus reinwoll. Stoff mit Wollstickerei 240.-. Kleid aus vorzüglich. reinwoll. Stoff mit farbigem Stickerei 675.-. Gestricktes Kleid Reinwolle, mit Schärpe 695.-. Kleid aus weicher Seide 950.-. Mantel aus englisch meliert. Stoff mit farbig. Unterkragen 775.-. Schürzen: Schmuckschürze Batist mit reicher Stickerei 36.-. Bedienungsschürze Linon mit Stickerei-Einsatz 50.-. Blusenschürze gestreift Gingham mit Paspel und Blende 59.-. Wiener Form Linon mit Hohlräumen 66.-. Wiener Form Batist mit Stickerei-Ein- und Ansatz 78.-. Korsette: Korsett aus weißem Drell mit 1 Paar Haltern 85.-. Korsett aus grauem festen Stoff, für starke Figuren 130.-. Korsett aus weißem festen Stoff mit waschbarer Einlage 210.-. Büstenhalter vors zu knöpfen 22.50. Spitzen u. -Einsätze: Vorzügliche Filetnachahm. 2-4 cm breit Mtr. 6.50.

Garten- und Balkonmöbel: Holzklappmöbel naturfarbig Stuhl 78.- m. Armlehnen 90.-. Bank mit Armlehnen 132.-. Tisch 50x70 cm 88.- 55x80 cm 116.-. Liegestuhl mit Armlehnen 58.- Mit Armlehnen u. Fußteil 87.-. Gartenschirm einfarbig, rot, 200 cm Durchmesser 660.-. Beleuchtungskörper: Kronen, Ampeln, Tisch- und Ständer-Lampen in großer Auswahl. Korbsessel aus Korbgeflecht wie Abbildung 225.-.

Berliner Museums-Spaziergänge

Das Museum für Meereskunde

Am Schiffahrtsmuseum in Bremen steht als Wahrspruch dieser einst so starken und stolzen Stadt ein lateinisches Wort, das auf deutsch lautet: „Leben ist nicht notwendig, zur See fahren ist notwendig.“ Dieser Satz, der ja eigentlich ein Widerspruch in sich ist, denn wenn nicht Leben vorhanden ist, kann auch nicht Schiffahrt betrieben werden, muß dahin gedeutet werden, daß zur See fahren notwendiger ist, als Leben, weil die Menschen durch die Schiffahrt notwendige Bedarfs- und Verbrauchartikel, vornehmlich Lebensmittel, erhalten. Natürlich liegt in dieser Behauptung Uebertreibung und Ueberhebliches zugleich.

Wie gefährlich es aber auch ist, der Schiffahrt die ausschlaggebende und wichtigste Rolle im menschlichen Leben zu geben, wissen wir ja noch zur Genüge aus unserer neuen und neuesten Geschichte. Es hat zum Flottenrummel geführt, zu der „gräßlichen Meise“, wie die Herren Konservativen einst sagten, zum Beitritt zur See, zu Krieg, Blut, Trauer und Tränen.

Andererseits wird niemand die Bedeutung der Schiffahrt leugnen wollen, wie es denn bekannt ist, daß die „Landratten“ seit jeher ein großes Interesse für das Wasser gehabt haben und eine Secreie ihnen einer der erfindungswürdigsten Gemüthe erschien.

Will man sich auf das Beste über die Entwicklung der Schiffahrt, über die Fortschritte der Schiffstechnik orientieren, so lautet dazu eine Wanderung durch das Museum für Meereskunde, Georgenstraße 34-36.

Vor Eintritt dieser Reise, die von viel zu wenig Arbeitern unternommen wird, weil zu wenige wissen, wie interessant und lehrreich doch eine Reise ist, muß aber auch ein unheimliches Hinweisen werden. Das Museum für Meereskunde muß für unsere heutige Zeit und für den Geschmack vernünftiger Menschen von heute anders „orientiert“ und aufgestellt werden. Es redet viel zu laut, zu aufdringlich und an erster Stelle vom Krieg und den kriegerischen Waffen. Das gesamte Parterre und der geräumige Lichthof ist der Kriegsflotte gewidmet. Das gehört in beschränkterem Rahmen und in bescheidenen Räumen aufgestellt zu werden. Am interessantesten sind in dieser Abteilung die ausgetesteten Schiffsmaschinen, Feuerrohr- und Wasserrohrkessel, Steuerriemen und Ventile. Interessant sind aber auch die aufgestellten Schiffsinnenräume, die Kajüten der Mannschaften, die Einrichtung von Küchen, Kantine (Botteldecken samt man bei der Marine), Apotheken und Lazaretten. Man kann hier so recht klar erkennen, welche eine Schinderei die Matrosen auf den Kriegsschiffen, namentlich aber auf den Torpedos und U-Booten haben durchmachen müssen, und welche eiserne Gesundheit dazu gehört, in diesen Vögeln zu leben, zu schlafen und zu schlafen.

Die erste und zweite Etage des Museums ist dann aber ganz dem Frieden und der friedlichen Schiffahrt gewidmet, und man bekommt hier die mannigfachen und anregendsten Eindrücke. In einer großen Reihe sehr guter Modelle kann man die Entwicklung der Schiffahrt verfolgen, von

den kleinsten und primitivsten Segelschiffen für die Küstenschifffahrt bis zu den modernsten Oceanicern, die wie schwimmende Häuser auf dem Meere sind. Von einem Luxusdampfer der Hamburg-Amerika-Linie (Hollan) ist nicht nur ein Modell, sondern ein Stück Schiff ausgestellt mit einer vollständig eingerichteten Kabine 1. Klasse und mit dem Kartentisch für die Offiziere. Daneben erzählt man alles Wissenswerte über Häfen und Hafendauten, Leuchttürme, Rollen und erhält eine Anleitung, wie Rollen zum Schutz des Hafens gegen die Wut der Wellen gebaut werden. Durch orientierende Bilder und Modelle ist dafür gesorgt, daß man das Nötigste über den modernen Schiffbau, über Anlage von Werften und alle Einrichtungen zur Rettung aus Seenot erfährt.

Eine kleine Wunderwelt für sich bilden die Räume, in denen in zum Teil prachtvollen Exemplaren die Tier- und Pflanzenwelt des Meeres ausgestellt sind. Man erblickt hier allerhand Fabelwesen von phantastischer und unwahrscheinlicher Gestalt, wie aus dem Märchen. Das seltenste und seltsamste Stück ist wohl eine japanische Riesenzähne, die in 500 Meter Tiefe liegt, durch seltenen Zufall mit Ganglione an die Oberfläche gebracht wird und aussieht wie eine Riesenspinne aus der vorgeschichtlichen Zeit. Nicht minder fesselnd sind die Gefäße mit Seewasser von der so eigenartigen blauen Farbe, die Angelen über den Salzgehalt und das Eis des Meeres. Ja, es ist sogar ein Apparat vorhanden, der, elektrisch betrieben, das Rauschen des Meeres vorzaubert, die Macht und Größe der Wellen. Leider ist er häufig außer Betrieb und in Unordnung, weil zu viele Museumsbesucher ihn in Bewegung sehen und sich mit seiner Hilfe aus der Georgenstrasse an das Meer träumen wollen. Im Zusammenhang mit allen diesen Dingen erzählt man auch, wie das Wasser gemessen, „gelotet“ wird, wie auf Hobben und Wallische Jagd gemacht wird, wie die kleinen Kanonen aussehauen, aus denen heraus die sogenannten Harpunen, lange Feinen mit spitzem Speer, nach den Tieren geschossen und geschleudert werden und wie der Fisch- und Heringssana betrieben wird.

Nicht vergessen darf man endlich die kleine Ausstellung der Vogelwarte in Rossitten auf der Kurischen Nehrung in Ostpreußen. Die Museumsleitung sollte wirklich diese interessantesten und wissenschaftlich wertvollsten Sachen nicht ausgerechnet in das kleinste und bescheidenste Eckchen stellen. Die Vogelwarte, verhältnismäßig noch neuen Datums, hat sich durch ihre Versuche und Experimente große Verdienste um die genaue Kenntnis von dem Meer und der Munddauer verschiedener Vögel erworben. Den Tieren werden um ein Bein kleine Aluminiumringe gelegt mit eingraviertem Tag und Jahr und der Bitte, den Ring, wenn man den Vogel findet nach Rossitten zurückzubringen. Aus fast allen Teilen der Welt ist auf diese Weise Kunde von den Vögeln, die man einst mit diesen Ringen in Rossitten stecken ließ, nach der Vogelwarte gekommen, was eine Reihe wissenschaftlich wertvoller Feststellungen über Vogelflug usw. möglich machte. P. P.

Kann man sich ein grausigeres Spiel als dieses vorstellen: der durch Geies dem Tode Geweihte darf nicht selbst an sich Hand anlegen. — Die „Sühne“ ist nicht vollkommen, wenn der Kopf nicht unter dem Henkersbeil in Gegenwart des Staatsanwalts und geladener Gäste in den Kasten rollt. Wahrlich eine Hottentottenmoral!

Die Flucht eines zum Tode Verurteilten mag schon vorgekommen sein. Ein gutwilliges Zurückkehren solch eines Menschen steht wohl in der Kriminalgeschichte einzig da. Was muß dieser Mensch während der kurzen Spanne Zeit nicht alles durchleben haben. Das Ausbrechen aus dem Gefängnis überhaupt ist ein Kapitel für sich. Die gelungene Flucht, wie die des Kriegsverbrechers Dittmar, die fast in gleicher Weise geschah, wie die Gruppen, birgt in sich die Gefahr einer weit um sich greifenden Demoralisation der Gefängnisinsassen. In jedem Gefangenen alibt irgendwo tief das Fünkchen Hoffnung auf Flucht. Durch den gelungenen Ausbruch eines Leidensgenossen wird sie zur Flamme entfacht. Verfolgt man die Zeitungen, so kommt man darüber, wie oft die Flucht gelingt. Das man doch in der letzten Zeit wiederholt, das entsprungene Nichtsünder eine ganze Reihe Ausbrüche, selbst einen Mord, begangen hatten. Da liegt die Frage wohl nahe, ob die Bewachung in den Gefängnissen und Zuchthäusern auf der erforderlichen Höhe steht. Kann die Flucht so leicht geschehen, bilden Mauern und Wache keinen genügenden Schutz gegen die Verbrecher, so erscheint der Gedanke der Vernichtung des Lebens durch das Geies in den Augen der Anhänger der Todesstrafe gerechtfertigt.

Unsere formelle Paragrafenjustiz kennt nicht wenig Kuriosa. Der zukünftige Historiker wird es z. B. unbegreiflich finden, daß ein Mensch zweimal zur Todesstrafe verurteilt werden kann und noch dazu zu fünf Jahren Zuchthaus. Ebenso war es eine Zumutung, Gruppen ruhig warten zu lassen, bis der Henker durch den Abschluß des Verfahrens wegen des Verschwindens seiner Frau die Erlaubnis erhalten würde, ihn aus Schasott zu führen. In diesem Hinsichtlichen der Vollstreckung der Todesstrafe im Falle ihrer Unausführlichkeit liegt etwas unglücklich Grausames. Dabei war angesichts des gefälligen Wahrspruchs das Schicksal der Frau ohne jegliche Bedeutung. War sie von Gruppen ermordet, so war ihm doch schon „Gerechtigkeits“ widerfahren; lebte sie, so änderte auch das nichts am Richterpruch. Das Verfahren mußte aber eröffnet werden: es bedurfte der Rechtserfindung, daß das Gericht drei ganze Tage sich mit dem Verschwinden der Frau beschäftigte hatte und der Spruch der Geschworenen letzten Endes auch unter dem Eindruck des durch nichts bewiesenen Verdachtes alle Schuld Gruppen an diesem Verschwinden gefällt worden war. Wenn nun die Frau Grund wirklich am Leben wäre, würde dann der Tod Gruppen nicht doch noch seine Richter anlagen?

Die kriminalistische Ausdeutung des Falles Gruppen hat noch ihrer Zeit. Vorkäufliche ist in erster Linie die Sensation zu ihrem Recht gekommen. Die bürgerliche Presse verkennt noch wie vor die Bedeutung der Richterfunktion für die sittliche Erziehung der Reformasse. Das liegt in ihrem Wesen. Ihr Wesen ist — Geschäft.

Das Hennigsdorfer Automobilverbrechen

Am 2. März 1913 machte der Kunweller Plung aus der Brunnenstraße mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern einen Automobilausflug. In einem zweiten Wagen saßen ein ihm befreundeter Automobilhändler mit seinem Sohne Paul. Auf der Heimfahrt an jenem Sonntag Nachmittag fuhr der Plungsche Wagen, den der Plung selbst lenkte, kurz nach 8 Uhr auf der Gemarkung Marwitz, etwa 4 Kilometer von Hennigsdorf entfernt, gegen ein hölzernes Drahtgitter, das Verbrecher quer über die Chaussee gespannt und auf beiden Seiten an den Chausseebänken befestigt hatten. Dieses schlug zunächst gegen den Kopf des Führers, krachte sich dadurch und traf nun Plung am Kopfe so schwer, daß ihm das ganze Gesicht zertrümmert wurde. Der Mann wurde mit solcher Wucht gegen seinen Sitz gedrückt, daß er sich das Rückgrat brach. Frau Plung und eine ihrer Töchter, die dann von dem Seil getroffen wurden, flohen aus dem Wagen. Frau Plung fiel so unglücklich, daß sie ebenso wie ihr Mann auf der Stelle verschied. Ihre Tochter wurde am Kopfe schwer verletzt, kam aber mit dem Leben davon. Die zweite Tochter hatte das Seil im letzten Augenblick wahrgenommen und sich gedrückt, um rasch die Hundstange abzunehmen. So blieb sie unverletzt und war neugierig gegenwärtig genug, den zweiten Wagen zu warnen, so daß dieser noch rechtzeitig halten konnte.

In den Verdacht bei diesem Anschlag, dem an anderen Stellen noch mehrere, zum Glück aber ohne schwere Folgen anstößigen, seine Hand im Spiel gehabt zu haben, geriet u. a. schon damals der damalige Arbeiter und spätere Aushändler Friedrich Dorenburg aus der Marwitzer Straße zu Berlin. Dorenburg wurde wiederholt im Laufe der Zeit zur Rechenschaft gezogen, konnte aber bisher nicht genügend überführt werden. Jetzt wird der Verdacht der Auffklärung des Verbrechens, für die hohe Verlobungen ausgesetzt waren, wieder aufgenommen. Das hängt zusammen mit der Verhaftung Dorenburgs in Zusammenhang mit einer rätselhaften Eisenbahnarbeiter-Diebstahl, die in den letzten Tagen nachträglich gemacht wurde, nachdem sie auf dem Versteckediebstahl für 180 000 Mark Kupfer und anderes Metall gestohlen hatte. Zu dieser Bande, die zum Teil in Berlin, zum Teil in Marwitz wohnte, gehörte auch Dorenburg, der zuletzt einen Kleinhändler betrieb. Sie schaffte ihre Beute mit einem Wagen, den ein Pferdehändler zur Verfügung stellte, regelmäßig an einem gewissen Benjamin in Reinickendorf, um sie von dort aus zu verkaufen. Dorenburg ist ein wegen Diebstahls, Hehlerei, Bilderns usw. wiederholt bestraffter Mensch. Juragut des Automobilverbrechens war er in einer Beltener Ofenfabrik beschäftigt. Aus dieser Fabrik kamme das auf dem Verbrechen benutzte Drahtgitter. Dorenburg behauptet, daß es aus seinem Besitz gestohlen worden sei. Der ihm unbekanntes Dieb müsse es ohne sein Wissen an dem Anschlag verwendet haben. Die ganze Frage wird jetzt von neuem aufgerollt werden.

Ein großer Wohnungsbrand wurde in der Nacht zum Freitag in dem Hause Büchliche Straße 73 verübt. Den Einbrechern stelen wertvolle Teppiche und Silbergegenstände zur Beute. Gestohlen wurden an Teppichen: ein 4,50 Quadratmeter großer Bohara; ein 0,80 Quadratmeter großer Bohara; ein alter Perser, 5,90 zu 2 Meter; ein Perser, 2,90 zu 1,06 Quadratmeter; ein Perser, 2,40 zu 1,10 Quadratmeter; ein Perser, 1,87 zu 0,90; ein Perser, 1,10 zu 1,45; eine Filzgedecke, ein rotes chinesisches Gewand, ausgepliziert auf hellgraue Rippside, die auch mit kleinen Blumen bedeckt ist; chinesische Figuren und Teehäuser als Stickerie genau nach dem Filzgedeckel nach Maß gearbeitet, mit weißer Seide gefüllt. Eine weiße Sofabedecke (geprechter Filz). Ferner wurden gestohlen: neun silberne Teelöffel, acht silberne Schüsseln, ein Suppenshöffel, ein Saucenlöffel, sämtlich gezeichnet P. G. Weiter drei silbervergoldete Kompottlöffel, ein Gemüselöffel, ein Salzlöffel (schwarz Ebenholz mit Silbergriffen). Für die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Sachen ist eine Belohnung von 10 000 M. ausgesetzt. Sachdienliche Nachrichten, die vertraulich behandelt werden, sind an den Kriminalkommissar Tegtmeyer im Polizeipräsidium, Zimmer 89a, Hausanruf Nr. 435 und 821, zu richten.

Knochen!

Vor dem Krieger gab es in Schlächterläden zwischen Hausfrauen und Schlächter ewige Kämpfe um die verhässliche Knochenbeilage. Selbst die Blätter bemächtigten sich des dankbaren Stoffes. Aus dem Munde des ehrsamsten Meisters regnete es mehr oder weniger schundbräue Redensarten, wenn die Hausfrau für ihr kostbares Metallgeld nicht die Hälfte des Gewichtes in Knochen haben wollte. Heute muß der Viehhändler und der Schlächtermeister schon beim Lebendgewicht die Knochen teuer bezahlen als früher das ganze Stück Vieh. Natürlich werden deshalb noch immer die Knochen sehr reichlich angewonnen. Wer da nicht aufpaßt, hat für schweres Geld mehr Knochen als Fleisch im Topf. Namentlich bei Küssen und Böckchen entfällt ein Drittel des voll bezahlten Gewichtes und mehr auf die für die Ernährung gar nicht verwertbaren, nur noch für den Aushändler oder für den Müllermeister reifen Knochen. Im Gegensatz zu früher sind aber solche Knochen, die zu Brätsuppen aufgekocht werden können, ein sehr begehrter Artikel geworden, weil es vielen tausend Profeten mit harter Damille gar nicht oder nur höchstens einmal in der Woche möglich ist, den heils bringenden Preis für einermassen knochenreines Fleisch anzulegen. Ja, man muß oft noch gute Worte geben, um überhaupt Brätsuppen zu erhalten. Vielesach werden dem Armen die Knochen verweigert, wenn er nicht gleichzeitig auch Fleisch kauft. Dabei stellt sich der Preis für das Pfund Knochen auf 6 bis 7 Mk. Das reicht für höchstens zwei Erwachsene und zwei Kinder zu einer Suppe, die obendrein nur recht mangelhaft fähigt. Bouillon hat ja nach neueren Feststellungen überhaupt keinen großen Nährwert. Nur die Unmühseligkeit, von ihrem Wirtschaftsgeld ein regelrechtes Mittagessen zu bereiten, zwingt die Hausfrau zur Verwendung solcher Surrogate. Dabei sind die Kosten dafür nicht einmal gering, denn ein solches Erbsenbrühe für bei bescheidenster Berechnung ohne Feuerung allein für Knochen und Kartoffeln 20 Mark. Trotz dieser überaus traurigen Ernährungslage der arbeitenden Bevölkerung bleibt die Reklamation untätig. Ist doch durch die Ernährungsreform des Dr. Demme die Verteuerung aller notwendigen Lebensmittel geradezu gefördert worden.

Ein Lustmordversuch wurde gestern Nachmittag an der 26 Jahre alten Arbeiterin Johanna Fortipiek in der Brunnenstraße 31 zu Teuel verübt. Dies war auf dem Nachhauseweg von einem Manne angetrieben worden, der sie bis vor das Haus Brunnenstraße 31, in dem sie wohnt, begleitete. Als der Fremde mit in ihre Wohnung gehen wollte, wies sie ihn zurück, ließ ihn stehen und ging allein in ihre Behausung hinauf. Kurze Zeit darauf klopfte es. In der Meinung, daß es ihr Sohn sei, den sie zurückermwartete, öffnete die Frau. Zu ihrer Ueberraschung stand jedoch der Mann vor ihr, den sie unten abgewiesen hatte. Dieser drängte die Arbeiterin in die Stube zurück und schloß die Tür hinter sich ab. Nachdem er zunächst vergeblich den Versuch gemacht hatte, sein Opfer zu vergewaltigen, ergiff

er ein Beil, mit dem die Frau gerade Holz zerfeinert hatte und schlug damit auf sie ein. Auf der Stirn und am Hinterkopf schwer getroffen sank sie betnunnungslos zusammen. Der Unhold ergriff dann einige umherstehende Sachen, nahm diese an sich und eilte davon. Hausbesohner bemühten sich um die Ueberfallene und brachten sie zur Unfallstation. Der Räuber war unterdessen unerkannt entkommen.

Verhandlung des Brunewaldes

Der Zweckverband seligen Andenkens hatte vom Fiskus seinerzeit den Teil des Brunewaldes, der an der Döberitzer Heerstraße und dem Bahnhof Heerstraße an der Chaussee nach dem Teufelssee liegt, als Dauerwald erstanden. Der Stadt Berlin als Nachfolgerin des seligen Zweckverbandes ist nun, obwohl sie Bestitzerin ist, noch nicht die gerichtliche Aufklärung zugehanden worden. Der Fiskus beabsichtigt vielmehr, diesen Teil des Brunewaldes in Privatbesitz zu überführen und hat schon mit der zukünftigen Forstverwaltung deshalb unterhandelt.

Ein von allen Fraktionen unterzeichneter dringlicher Antrag ist jetzt der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet, worin der Magistrat ersucht wird, für schnelle Aufklärung zu sorgen, damit keine Veräußerungen stattfinden können.

Dieses Vorgehen aller Stadtverordnetenfraktionen gegen die Absichten des Fiskus ist zu begrüßen, daß aber erst ein solcher Schritt notwendig ist, zeigt der Berliner Bevölkerung wie notwendig es bleibt, gegenüber allen Maßnahmen des Fiskus das größte Mißtrauen zu wahren. Erst vor wenigen Tagen ist eine Aktion wegen der Schaffung eines Kulturparkes in Berlin angefangen worden, trotzdem sind Kräfte am Werk, die nähere Umgebung Berlins immer mehr zu verhandeln und damit den Ausflugsverkehr völlig zu unterbinden.

Ein neues Erholungsheim. Der Magistrat Berlin hat beschlossen, das prächtige, auf den Elbböden in Osterwitz bei Dresden, nahe Pillau und der Bastei (schl. Schweiz) gelegene Viktoriahause, eine Stiftung der Gräfin Kalkreuth, der Abteilung für Erholungsheime für Beamte usw. zu überweisen. — Ein zweites Heim auf der Insel Rügen wird all denen willkommen sein, die es vorziehen, an der Ostsee Erholung zu suchen.

Die Fürsorge des Magistrats für seine Beamten ist zu begrüßen, doch muß dabei beachtet werden, daß für die notleidende Jugend Erholungsheime noch fast völlig fehlen. Aus diesem Grunde wäre es angebracht gewesen, diese der Allgemeinheit zugedachte Richtung für diesen Zweck zu verwenden.

Formamint

Tabletten vernichten die Bakterien in Mund und Rachen und gewähren Schutz vor Ansteckung in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Masse und Persönlichkeit

Von Gerhart Seger.

Die sozialistische Wochenschrift „Der Firt“ berichtet aus Dresden einen Vorfall, bei dem ein neun-jähriges Mädchen an einem kalten Wintertage in die Elbe gestürzt ist, die sehr viel Treibeis führte. Eine ganze Anzahl neugieriger Menschen stand untätig dabei, es kam niemand auf den Gedanken, dem auf den Eisbollen fortgerissenen Kinde zu Hilfe zu kommen. Als eine Eisballe das Kind unter eine andere niederzudrücken drohte, kam ein junger Mann, warf trotz der schneidenden Kälte Mantel, Rock und Weste ab und sprang in die eiskalte Flut. Er hatte aber nicht mehr die Kraft, nachdem er das Kind auf dem Eis abgelegt hatte, sich selbst aus dem tiefen Wasser zu erheben. Ein zweites Mal wurde die tatenlos dabeistehende Menge beschämt: ein junges Mädchen, die Begleiterin des Retters, sprang hinzu und half ihm aus dem Wasser. Der Retter war ein pommerischer Landjunker, der Freiherr von Borden-Auerose, und das Mädchen ein Fräulein von Lihmann.

Soweit die Schilderung dieses Vorfalles. Jeder anständige Mensch wird die ungewöhnlich mutige Tat der beiden jungen Menschen hoch achten und die Tatenlosigkeit der gaffenden Menge verurteilen. Ganz ebenso aber wird jeder anständige Mensch, und jeder Mensch, der etwas Geschichtskennntnis hat, verurteilen, daß das deutsch-nationale Organ, die „Deutsche Tageszeitung“, diesen Vorfall zu einer parteipolitischen Agitation benutzte und die Wiedergabe des Ereignisses mit folgendem Kommentar ver-sieht:

„Es ist schon vom „Firt“, daß er für die Verbreitung der Kenntnis solch trauriger Tat sich einsetzt, obwohl er damit zu hohen-liegenden Betrachtungen über den Wert der „Masse“ an-regt, die im jetzigen politischen System die bestimm-ende Rolle haben soll. Die Masse ist immer stumpf, untätig, glogend, und manchmal, wie in Dresden, rei-ße sie nicht einmal eine Persönlichkeit empor.“

Diese Sätze des deutsch-nationalen Organs ver-dienen eine politische Betrachtung, weil sie die Auffassung einer herrschenden Klasse widerspiegeln, die sich in der Minderheit befindet und ihre Herrschaft nur ausüben kann, wenn sie über eine möglichst ungeschulte, stumpfe und teilnahmslose Masse regiert.

Das Verhältnis zwischen Masse und Persönlich-keit hat in der Geschichte aller Zeiten und Völker eine wesentliche Rolle gespielt. Uns interessiert in diesem Falle nicht die sittliche Seite dieses Verhältnisses, die zu ergründen Sache der Philosophie ist. Uns inter-essiert in diesem Falle die politische Seite dieses Verhältnisses, da ja die Arbeiterbewegung als eine Massenbewegung einer klaren Erkenntnis dessen be-darf, welchen Einfluß auf die politischen Verhältnisse die Masse, und welchen Einfluß die einzelne Persön-lichkeit ausüben kann. Es braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden, daß die geschichtliche Wirk-samkeit sowohl der Masse als der Einzelpersönlichkeit an ökonomische und andere tatsächliche Verhältnisse ge-bunden ist. Es handelt sich für uns um die Tatsache, daß hier die Moral der herrschenden Klasse deutlich ausgesprochen wird: die Masse der Bevölke-rung sei unfähig, zu handeln, entscheidende Taten könnten nur von einzelnen Persönlichkeiten erwartet werden.

Die herrschenden Klassen haben zu allen Zeiten in den von ihnen beherrschten Bevölkerungsschichten das Gefühl der eigenen Bedeutungslosigkeit und Unfähig-keit erzeugt, in die Gestaltung ihres Lebensschicksals und der Entwicklung der Geschichte selbständig einzu-greifen. Besonders hat das aber der Obrigkeitstaat getan, der in den Kindern der Arbeiterschaft als der zu beherrschenden Klasse von fröheiter Jugend an den blinden Glauben an die Autorität und im Geschichtsunterricht den Glauben an die alleinige Wirksamkeit der sogenannten „großen Män-ner“ erzeugt. Selbst die Volksschule der Republik, die doch ihre jungen Staatsbürger zu selbständigem politischem Handeln erziehen müßte, wenn anders sich die Republik auf einer wirklichen Demokratie, das heißt Teilnahme der gesamten Bevölkerung an der politischen Gestaltung des Staatschicksals, aufbauen will. Wenn also heute noch die große Masse der

Arbeiterklasse in ihrem Durchschnitt unpolitisch ist, wenn sie sich noch nicht zusammenschließt aus lauter Einzelpersönlichkeiten, so liegt das an gar niemand anderem, als an derjenigen Klasse, die jetzt in ihrem Organ die „untätige, glogende, stumpfe Masse“ ver-spottet.

In Deutschland, in dem vor dem Kriege trotz der formalen konstitutionellen Monarchie, eine despotische Herrschaft des Monarchen und der ihm verbundenen Aristokratie bestand, wirkte die unheilvolle Verblö-dung der breiten Masse der Bevölkerung durch die Erziehung der Volksschule, der nationalen Jugend-bewegung und des Militarismus noch heute nach. Die Masse der Bevölkerung ist durch eine Schule ge-gangen, die nicht den einzelnen Menschen zum Be-wußtsein seines Persönlichkeitswertes gebracht hat, sondern die durch ihren lafernenmäßigen Aufbau, ihren öden Verdrill und den entprechenden Lern-stoff alle selbständigen geistigen Regungen schon in jugendlichem Alter erdölet hat. Erst in einer neuen Gesellschaft mit neuen Erziehungsmethoden und einer völlig neuen Schule wird eine Masse gebildet werden können, die aus Einzelpersönlichkeiten, deren jede ihres Menschenwertes und ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewußt ist, sich zusam-men-setzt. Um aber schon in der jetzigen Zeit die schäd-lichen Nachwirkungen der autoritativen Erziehung, die der Klassenstaat an der breiten Masse der Bevölke-rung verübt hat, wenigstens etwas aufheben zu kön-nen, wird es der ernstesten Erziehungs-sarbeit der sozialistischen Arbeiterschaft an sich selbst bedürfen. Die politische Gleichgültigkeit, die weite Kreise der Arbeiterschaft erfaßt hat, die das politische Fortschreiten des Proletariats so sehr er-schweren, ist nicht nur auf die wirtschaftliche Notlage, auf die Verzweiflung und auf mangelnde Erkenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge zurückzuführen, sondern auch auf die Erziehung zur stumpfen und un-tätigen Masse, die die herrschende Klasse mit Vorbe-dacht zur Sicherung ihrer Herrschaft an uns voll-zogen hat.

Die sterbende Demokratie

Die Berliner Organisation der Deutschen Demo-kratischen Partei veranstaltet in Berlin eine demo-kratische Verbewoche. Die Veranstaltung soll die arg zusammengeschmolzenen Reihen der Demokra-tischen Partei mit neuen Anhängern stärken, es sind dazu alle Axtspähnen dieser Partei aufgeboden worden. Die Aktion erscheint dem vollkommen aussichts-loß, der die Entwicklung der Demokratischen Partei seit dem Ausbruch der Revolution verfolgt hat.

Wie alle bürgerlichen Parteien, so hat auch die frühere freisinnige Volkspartei mit Ausbruch der Revolution unter einer neuen Firma ein neues poli-tisches Programm aufgestellt und es durchzuführen versucht. Nun kann aber die deutsche Demokratie auf eine sehr wenig ruhmreiche Geschichte zurückblicken. Die Umwandlung der feudalen in die kapitalistische Gesellschaftsordnung vollzog sich in Deutschland durch eine bürgerliche Revolution, die nicht mit einem völ-ligen Sieg des liberalen Bürgertums endete, sondern in ein unruhliches Kompromiß zwischen der alten herrschenden Klasse, der feudalistischen Monarchie, und der neuen herrschenden Klasse, dem kapitalistischen Bürgertum, lang- und klanglos mündete. Die deutsche bürgerliche Revolution von 1848, gewiß eine große Zeit mit großen Idealen, fand ein sehr kleines Ge-schlecht bürgerlicher Demokraten vor, die im Angesicht eines emporstrebenden Proletariats fürchtete, daß die Revolution zu weit fortzuschreiten könne und sich des-halb mit der alten herrschenden Klasse versöhnte und viele ihrer Ideale an den Obrigkeitstaat preisgab.

Während all der Jahrzehnte des Emporbühens der deutschen kapitalistischen Wirtschaft hatte das Bür-gertum durchaus keine demokratischen Ideale verfolgt, sondern es war eine getreue Stütze des nahezu despo-tisch monarchistischen Obrigkeitstaates geworden. Die-ser geschichtlichen Tatsache ist es zuzuschreiben, daß die deutsche Arbeiterklasse 1918 außer ihren eigenen Idealen die unfertige Revolution von 1848 vollendete und politische Reformen durchführte, die zu er-kämpfen eigentlich Aufgabe der bürgerlichen Demokra-tie gewesen wäre. Die Tatsache, daß heute die

sozialistische Arbeiterschaft die Hauptstütze der Demo-kratie und der Republik geworden ist, hat das Bür-gertum als wirtschaftlichen Gegner der Arbeiterklasse auch zum großen Teile zum Gegner der politischen Demokratie gemacht.

Wenn deshalb auch die Revolutionszeit, die das unpolitische deutsche Bürgertum aus seinem Winter-schlaf ausgerüttelt hat, zunächst einen Zustrom zu der neuen demokratischen Partei brachte, so läßt sich doch an der Wahlstatistik seit dem Ausbruch der Revolution ein geradezu katastrophaler Rückgang der Demokratie im Bürgertum feststellen. Das mögen einige Ziffern beweisen. Bei den Wahlen zur deut-schen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 ent-fielen in Berlin von rund 350 000 bürgerlichen Stim-men allein 160 000 auf die Demokratische Partei, also mehr als zwei Fünftel. Bei den Wahlen zur Preussischen Verfassungsgebenden Landesversammlung am 26. Januar 1919 entfielen in Berlin von rund 350 000 bürgerlichen Stimmen 150 000 auf die Demo-kratische Partei, also schon 10 000 Stimmen weni-ger. Die Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 zeigten schon ein völlig verändertes Bild. Es wurden in Ber-lin rund 380 000 bürgerliche Stimmen abgegeben, von denen aber die Demokratische Partei nur 75 000 Stim-men erhielt; also bei einer größeren Anzahl bürger-licher Stimmen nur die Hälfte der Stimmen-zahl vom Jahre vorher. Es zeigte sich auch so-fort bei dieser Wahl der außerordentliche Zustrom des Bürgertums zu den Rechtsparteien. Während zum Beispiel die Deutsche Volkspartei im Januar 1919 in ihrer Stimmenzahl zu der Demokrati-schen Partei in dem Verhältnis 1:3 stand, war das Verhältnis Deutsche Volkspartei: Demokratische Par-tei im Juni 1920 3:1. Die Berliner Stadtverordne-tenwahlen am 20. Juni 1920 boten ein ähnliches Bild. Es wurden in Berlin rund 600 000 bürgerliche Stim-men abgegeben, davon erhielt die Demokratische Par-tei 110 000, also weniger als den sechsten Teil, während die Deutsche Volkspartei rund 290 000, die Deutsch-nationale Volkspartei rund 280 000 Stimmen erhalten hatte. Die Wahlen zum Preussischen Land-tage am 20. Februar 1921 boten in Berlin das fol-gende Bild: es wurden in Berlin 410 000 bürgerliche Stimmen abgegeben, davon erhielt die Demokratische Partei 70 000, also ebenfalls nur den sechsten Teil, während es die beiden Rechtsparteien zusam-men auf 300 000 Stimmen brachten. Noch vernichtender war das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen am 16. Oktober 1921 für die Demokratische Partei: von insgesamt 810 000 bürgerlichen Stimmen erhielt sie nur 120 000, also den achten Teil, gegenüber 380 000 Stimmen der Rechtsparteien.

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Sie zeigen, daß das deutsche Bürgertum, von einigen intellektuellen Kreisen abgesehen, seine eigentliche politische Vertretung in der Deutschen Volks-par-tee erblickt. Diese Partei hat sich politisch zur ausgesprochenen Interessvertretung der kapitalisti-schen Kreise des Bürgertums, die bei weitem die Mehrheit bilden, gemacht. Diese Entwicklung ist un-aufhaltbar, sie wird auch durch die angestrengteste Verbetätigung der Demokratischen Partei nicht ent-scheidend beeinflusst werden können. Es kommt hin-zu, daß mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung“ ein wirklich demokratisches Organ im besten Sinne des Wortes in Deutschland gar nicht vorhanden ist. „Vossische Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“, die man als die Hauptorgane der Demokratischen Partei an-sehen kann, treiben eine Politik, wie besonders das Verhalten bei den Regierungskrisen gezeigt hat, die bei weitem näher mit der Deutschen Volkspartei ver-wandt ist, als mit einer aufrechten demokratisch-republikanischen Richtung.

Die Demokratie im deutschen Bürgertum liegt im Sterben. Es ist ein fruchtloses Beginnen, wenn man ihren Lebenskampf zu erhalten sucht oder wenn man gar glaubt, diesem lebenden Leichnam neue Impulse geben zu können. Die Geschichte der Demokratie im deutschen Bürgertum ist ein trauriges Zeugnis für die politische Entwicklung dieser Klasse, die ihren Auf-stieg zur politischen Herrschaft mit so großen demokra-tischen Idealen begann und heute dazu gekommen ist, politisch und wirtschaftlich den Hauptträger der politi-schen Demokratie, die Arbeiterklasse, auf das Erbiter-iste zu bekämpfen.



Beeilen Sie sich

wenn Sie noch billig kaufen wollen



Kinder-Spengenschuhe
prima Kindbox und Chromleder,
gute Ausführung. Extra preiswert.
Größe 31-35 82,50, Größe 37-39

Kinder-Sandalen
In braun Kindleder mit extra starken
Lederhölzern u. Absatzhebel, sehr billig
Gr. 31-35 113,00, 37-39 99,00, 41-43

Damen-Spengenschuhe
prima weißes Leinen, neue moderne
Form, mit eleganten hohen Ab-sätzen. Ausserordat preiswert

Damen-Spengenschuhe
In Lackleder, moderne runde Form,
mit hohen, auch halbhohen Ab-sätzen. Noch aussergewöhnl. billig

Damen-Schnürstiefel
prima Kindbox, Derbyschnitt oder
Rings Absatz, breite moderne Form,
halbhohes Absatz. Extra billig

Damen-Halbschuhe
In schwarz Chev. u. Box calf, neueste
spitze u. auch runde Formen,
mit modernen halbhohen Absätzen

Knaben-Schnürstiefel
In Kindbox mit Derbyschnitt, neue
mod. Form eleganter Ringabsatz-
stiefel. Preiswert. Größe 36-39

Herrn-Schnürstiefel
In Kindbox u. R. Chevreau, m. Lack-
kappe, Besatz u. Derbyschnitt, eleg.
mod. Formen. Aussergewöhnl. billig

Turnschuhe
Tennisschuhe
Seglerschuhe
besonders preiswert

Stiller

Die Verschwendung in der Industrie

Wir haben uns gelegentlich mit Herrn Professor Dr. Hugo Lindemann und mit Max Schippel auseinandergesetzt. Beide sind bei ihren Betrachtungen über die Notwendigkeit der Vermehrung der Produktionsmenge in den „Sozialistischen Monatsheften“ zu dem Ergebnis gekommen, die Arbeiter müßten durch die Verlängerung der Arbeitszeit zunächst erst einmal für die Steigerung des Produktionsertrages sorgen, bevor sie einen größeren Anteil am Produktionsertrag für sich in Anspruch nehmen können. Wir haben Herrn Lindemann damals den Rat gegeben, er möge sich mit seinen Ermahnungen doch vor allem an die Unternehmer wenden, die durch eine Verbesserung der Produktionsmethoden erheblich zur Steigerung des Produktionsertrages beitragen könnten, wenn sie bereit wären, einen Teil ihres Profits für solche Zwecke herzugeben. Das rief Schippel gegen uns auf den Plan. Nun zeigt es sich, wie recht wir hatten. In Amerika hat die von Herbert Hoover ausgewählte und geleitete sogenannte Verschwendungskommission (Committee on Waste) jetzt einen Teil der Ergebnisse ihrer Untersuchungen an einer großen Zahl amerikanischer Industrien veröffentlicht. Dieser Bericht soll, so heißt es in Fachkreisen, seit den epochenmachenden Studien von F. W. Taylor als das interessanteste Dokument über die betriebstechnischen Fragen der Industrie anzusehen sein. Der Bericht soll ganz im Geiste unparteiischer Forschung gehalten sein.

Eine gedrängte Darstellung dieses Berichtes, die wir der „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz“ entnehmen, macht die folgenden interessanten Mitteilungen:

Vor allem springen und die zahlenmäßigen Feststellungen ins Auge, in denen die Hauptergebnisse der Untersuchungen veranschaulicht werden. Die Verschwendung an Zeit, Kraft und Material verteilt sich auf die einzelnen Faktoren in bestimmten typischen Industrien nach diesem Verhältnis:

Industrie	Betriebsleitung Prozent	Arbeitskraft Prozent	Außere Einflüsse Prozent
Herrenbekleidungsindustrie	75	18	9
Wandergewerbe	65	21	14
Druckereigewerbe	68	28	9
Schuhindustrie	78	11	16
Metallindustrie	81	9	10
Textilindustrie	50	10	40

Wie wir sehen, überwiegt der Anteil der Betriebsleitung an der Verschwendungsaufgabe den der Arbeitskraft in überraschendem Maße. Die Hauptursache aller Verschwendung ist die geringe Ausnutzung der Leistungsfähigkeit, die in erster Linie den Mängeln der Betriebsleitung, der unzureichenden Verwaltung und Verteilung der Materialien, der Betriebsrichtungen, der Werkzeuge und Arbeitskräfte, zur Last fällt. Diese mangel- und fehlerhafte „Kontrolle“ wird als ein schweres Hemmnis einer wirklich planmäßigen Ausgestaltung des Produktionsprozesses (und damit der Steigerung der Produktionsmenge) D. Red. d. „N.“ erkannt, die vornehmlich auch der Entwicklung zur zunehmenden Standardisierung des Produktes im Wege steht.

Es wird in exakten Berechnungen nachgewiesen, wie groß der ökonomische Vorteil wäre, wenn das Prinzip der Standardisierung sich, je nach Möglichkeit, in allen Industrien durchziehen würde. Im Baugewerbe z. B. wo die Standardisierung im allgemeinen und als durchgehende Tendenz gewiß nicht zu wünschen wäre, könnte ihre Anwendung im einzelnen, auf gewisse Bestandteile, von großem Nutzen sein. Bestimmte Mauern, in gleicher Dicke angefertigt, würden eine Ersparnis von 600 Dollars beim kleinen Durchschnitts-Wohnhaus bedeuten; standardisierte Fensterrahmen, Türen und sonstige Baubestandteile dementsprechend eine weitere, beträchtliche Herabsetzung der Baukosten.

Ferner: unter den verbreitetsten großen amerikanischen Zeitungen wurden 18 Varietäten (Abarten) nach der Breite und 76 nach Länge der Seiten und Spalten festgestellt. Bei den kaufmännischen Veröffentlichungen (Preisverzeichnissen usw.) 18 verschiedene Breiten und 64 Längen. Die Vereinfachung der Zeitungsabarten nach einem Format würde, allein an Sekundärmaterial ohne Hinzurechnung der Mehrarbeit, eine jährliche Ersparnis von 3-8 Millionen Dollars ergeben. Der ökonomische Gewinn, welcher durch die Einführung von Durchschnittstypen gegenüber dem heutigen Produktionsverfahren zu erzielen wäre, wird für einige wichtige Industrien in der folgenden Tabelle dargestellt:

Industrie	Verhältnis des Mehrertrages bei Anwendung von Durchschnittstypen
Herrenbekleidungsindustrie	1:2
Baugewerbe	1:1½
Druckereigewerbe	1:2
Schuhindustrie	1:8
Metallindustrie	1:4½
Textilindustrie	1:2½

Unter „industrieller Verschwendung“ wird hier alles die überflüssig verausgabte Menge an Materialien, an Zeit und an menschliche Arbeitskraft verstanden, die die Differenz zwischen dem technisch möglichen Durchschnittserfolg und dem heute tatsächlich erreichten Produktionsertrag ausmacht, so wie er sich aus detaillierten Berichten über zahlreiche Industriezweige erschließen läßt. In diesem Sinne kann nach der obigen Zusammenfassung die Verantwortung für die Verschwendung im allgemeinen mit 50 Prozent den Betriebsleitungen und mit weniger als 25 Prozent der Arbeiterschaft zugerechnet werden. Immerhin wird auch diese Seite einer eingehenden Kritik unterzogen. Verschiedene, scheinbar geringfügige Geistesstörungen der Arbeiter im Betrieb, die zum Teil von den betreffenden Fachverbänden ausdrücklich vorgeschrieben sind, wie die Verwendung bestimmter Werkzeuge von festgesetzter Größe usw., werden auf ihre produktionshemmende Wirkung hin untersucht.

Von ausschlaggebendem Einfluß auf den Gang und den Erfolg des Produktionsprozesses ist natürlich die gewissenhafte Durchführung der Gesundheitspflege und Unfallverhütung betreffenden Maßnahmen. Genaue Untersuchungen ergaben, daß regelmäßige ärztliche Prüfungen und Beratungen eine auch allernachhaltigste zureichende Besserung des allgemeinen Gesundheitszustandes und der Arbeitsfähigkeit zur Folge hatten. Hier soll sich die Unterlassungsschuld seitens der Betriebsleiter- und Arbeiterschaft, beidseitig, wie halb zu halb verhalten. Auch bei der Arbeiterschaft ist nämlich vielfach ein herabwürdigendes Vorurteil gegen diese regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen zu beobachten, so daß sich infolge dieser bedauerlichen Haltung viele Arbeiter, deren Zustand leicht heilbar wäre, in unternormaler Gesundheitsverfassung befinden.

Diesen Anregungen ist schon von vielen Seiten in aktiver Weise Folge geleistet worden. Große technische Verbände

haben den Verzicht zur Grundlage einer ganzen Reihe wesentlicher Betriebsverbesserungen gemacht. Im Handelsdepartement werden Methoden ausgearbeitet, um die Idee der Standardisierung nach den vom Waste-Committee gezogenen Richtlinien praktisch auszuwerten und die Ergebnisse dieser Arbeit der Öffentlichkeit mitzuteilen. Auch die kürzlich in Washington abgehaltene Konferenz über Arbeitslosigkeit war hauptsächlich auf die Anregungen des „Waste-Committee“ zurückzuführen. Hier sind bereits wichtige Schritte zur Stabilisierung der Industrie, gegen die unheilvollen Wirkungen der Saisonindustrien und der Betriebsbeschränkungen zu Zeiten schlechter Konjunktur (die für systematische Aufbesserungsarbeiten des zu Zeiten der Hochkonjunktur übermäßig abgenutzten Produktionsapparates verwendet werden sollen) zur Erörterung gelangt. Damit würde also ein gewisser Anfang gemacht sein, um dem zerrüttendsten Uebel der Gegenwart — dem Mangel an Beschäftigungsmöglichkeit — in einer vom betriebstechnischen Gesichtspunkt aus heilsamen Weise entgegen zu wirken. In allen diesen Arbeiten liegt jedoch der praktische Beweis vor, daß in der privatkapitalistischen Wirtschaft der vollen Entfaltung der in ihr ruhenden, ja bereits erschlossenen Produktivkräfte — mit Marx zu sprechen — eine Schranke gesetzt ist. Da die privatkapitalistische Wirtschaft auf Grundlage des Profits aufbaut, so werden die in ihr vorhandenen Produktivkräfte nicht immer gefördert. Die Anregungen des Verschwendungsausschusses sind aus diesem Gesichtspunkte heraus zu bewerten; sie werden nach Maßgabe der kapitalistischen Interessen in Anwendung gebracht.

Dem Urteil der Korrespondenz über die kapitalistische Produktionsweise haben wir nichts hinzuzufügen. Wir weisen nur darauf hin, daß diese Rückständigkeit in der rationellen Ausnutzung der Produktivkräfte in Deutschland noch schwerwiegender auf den Zustand der Wirtschaft einwirkt, als in Amerika. Wenn die Verantwortung für die Verschwendung zu 50 Prozent die Betriebsleitungen und nur zu 25 Prozent die Arbeiter trifft, dann haben diese auch erst in zweiter Linie Anlaß, Opfer zu bringen, um den Produktionsertrag zu vermehren. Dagegen sind die Arbeiter in Deutschland aber niemals abgeneigt gewesen, bei der Vermehrung des Produktionsertrages durch Verbesserungen der Betriebsmethoden mitzuwirken. Das möchten wir den geehrten Herren noch einmal zu erwägen geben. Wir achten ihre Forschungen und Ergebnisse durchaus nicht gering, aber wir sind auch nicht geneigt, sie ohne Widerrede als letzte Wahrheiten hinzunehmen.

Gutachten zum Arbeitszeitgesetz

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hörte, wie dem P. P. R. mitgeteilt wird, am 18. und 24. März den Reichsminister a. D. Gothein, Redakteur Kallski, Geheimrat Bacher, sowie die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats Leipzig (Vorsitzender des A. D. G. B.), Dr. J. A. Bösch, Baltrusch (Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes), Universitätsprofessor Dr. Gerzner, Reichsminister a. D. Wissell, Baumeister Rood, Paepow (Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes) als Sachverständige zum Arbeitszeitgesetz.

Den Sachverständigen wurden folgende Fragen vorgelegt:

Der neue Mantel

3

Verschiedene elegante Formen in der beliebten modernen Schlüpfertart — aus hellen modernen Stoffen in englischem Geschmack — zu dem außergewöhnlich billigen Preise von

495.-

Abgabe nur je 1 Stück



Weiße Schlüpfertart, mit festgeschlossenen Raglanärmeln und auspringenden Falten, aparte Knopfschlösser, offen und geschlossen zu tragen.

Weiße Schlüpfertart, mit Raglanärmeln und breitem Kragen, offen und geschlossen zu tragen.

Weiße Schlüpfertart, mit Raglanärmeln u. tiefen eingeleigten Falten im Rücken.

Oranienstr. 165
(Am Oranienplatz)

Maassen

Leipziger Str. 42
(Ecke Markgrafstr.)

Magistrat und städtische Arbeiter

Eine unmögliche Haltung des Magistrats

Aus den Kreisen der städtischen Arbeiterschaft wird und geschrieben:

In dem Februarstreik sind von den städtischen Arbeitern Notstandsarbeiten geleistet worden. Neben vollständiger Aufrechterhaltung einer Reihe von lebensnotwendigen Betrieben, wie Milchversorgung, Brotversorgung, Pflegeanstalten u. a. m., ist in den übrigen städtischen Betrieben Notstandsarbeit in dem Umfang geleistet worden, wie sie zur Erhaltung der Betriebe notwendig war. Die Zahl dieser Notstandsarbeiter dürfte annähernd 1500-2000 betragen.

Für diese Bereitwilligkeit hatten die Vertreter des Magistrats diesen Notstandsarbeitern einen etwas — gelinde gesagt — sonderbaren Dank ab. Es sind Notstandsarbeiter ohne Einholung tariflicher Bestimmungen entlassen worden und bei Erhebung ihrer Ansprüche vor dem Berliner Gewerbegericht nahmen die Vertreter des Magistrats folgenden Standpunkt ein:

„Die mit den Notstandsarbeiten beschäftigt gewordenen Arbeiter sind genau so zu behandeln, wie die am Streik beteiligten, d. h. die Rechtsfolgen der am Streik beteiligten, also unentgeltlich von der Arbeit ferngebliebenen Arbeiter, treffen auch für die Notstandsarbeiter zu, auch diese sind durch die allgemeine Erklärung des Magistrats vom 8. Februar d. J. aus ihrem Arbeitsverhältnis entlassen.“

Dieser Standpunkt der Magistratsvertreter wird damit begründet, daß die Notstandsarbeiten nicht vom Magistrat, sondern von der Streikleitung angeordnet worden seien. Der Magistrat habe seinen Einfluß auf die Gestaltung der Notstandsarbeiten gehabt und demzufolge gegen die diese Arbeiten ausführenden leimerlei Verpflichtungen gehabt. Die Entlohnung für diese Arbeit sei eine freiwillige gewesen, ohne den Arbeitern Veranlassung zu geben, daraus irgendwelche Forderungen ziehen zu können.

Diese Angelegenheit, die das Gewerbegericht beschäftigt, ist noch nicht endgültig entschieden und es ist nicht zu hoffen, daß sich Richter finden werden, die dieser Auffassung des Magistrats zustimmen werden. Die Rechtslage ist doch wesentlich einfacher. Es ist unrichtig, daß die Ausführung der Notstandsarbeiten allein von der Streikleitung angeordnet wurden, vielmehr wurden von den Betriebsräten im Einvernehmen mit der Betriebsleitung die Notstandsarbeiten angeordnet; lediglich die Auswahl des Personals blieb den Betriebsräten überlassen. Die Durchführung der Arbeit selbst wurde überwacht und geleitet von den beamteten Leitern der Betriebe (Meister, Ingenieure usw.).

Selbst, wenn man unterstellt, daß tatsächlich die Anordnung und auch die Durchführung der Notstandsarbeiten allein in den Händen der Betriebsräte gelegen habe und diese Maßnahmen von der Streikleitung erhalten haben, kann man sich doch nicht dem Rechtsstandpunkt des Magistrats anschließen, sondern muß nach wie vor an dem Standpunkt festhalten, daß eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses von den die Notstandsarbeiten ausführenden Arbeiter nicht stattgefunden hat und für ihre Entlohnungen die vertraglichen Bestimmungen in Frage kommen.

Ungeachtet im höchsten Grade ist es aber, daß sich der Magistrat auf diesen Standpunkt stellt in dem Augenblick, in dem die Arbeiter der städtischen Betriebe zusammenstraten, um eingehend für zukünftige Fälle über die Ausführung von Notstandsarbeiten zu beraten. Wenn dem Magistrat daran liegt, die Frage der Notstandsarbeiten geregelt zu wissen, dann ist der von ihm beschrittene Weg der ungeeigneteste dazu. Wie sollen die Organisation und die Obliegenheiten der Betriebe die Verantwortung für die Leistung von Notstandsarbeiten übernehmen, wenn die dazu bestimmten Arbeiter vom Magistrat für vogelfrei erklärt werden! Es erscheint dringend erforderlich, daß der Magistrat den in dieser Sache vertretenen Standpunkt im Interesse der Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens schnellstens revidiert.

Mehr soziales Verständnis!

Eine Mahnung an den Magistrat.

Am 7. März d. J. fällt ein Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium in der Lohnsache der Gemeindearbeiter einen Schiedsspruch, der am darauffolgenden Tage vom Magistrat angenommen wurde und dem auch die im Lohnkartell zusammengeschlossenen Organisationen am gleichen Tage zustimmten. Die letztere Mahnung, ohne Betragung der Mitgliedschaft, diese Erklärung abzugeben, hat bei der Mitgliedschaft volles Verständnis gefunden, da es sich hierbei darum handelte, die Arbeiter schnell in den Genuss der erhöhten Löhne kommen zu lassen.

Der Magistrat hat dann auch bald verkündet, daß die Lohnaufbesserungen für Monat Februar in Form eines Vorkaufschusses umgehend ausgezahlt werden sollten. Allgemein ist das bis heute noch nicht durchgeführt, im Gegenteil sind die für Monat März festgelegten Löhne bis heute noch nicht ausgezahlt! Alle Bemühungen der Organisation in dieser Beziehung waren vergeblich, weil maßgebende Vertreter des Magistrats sich neuerdings auf den Standpunkt stellen, daß ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung die Lohnzulagen nicht ausgezahlt werden dürfen und daß gleichzeitig mit der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung auch die Deputationsfrage für die erforderlichen Mittel erledigt werden müsse.

Die Erregung in den Arbeiterkreisen ist wieder gesteigert, denn mit jedem Tage, den sie länger auf die paar Pfennige warten müssen, wird der Kaufwert dieser Beträge geringer.

Nach schweren Mühen gelang es endlich, Anfang dieser Woche die Vertreter des Magistrats dahin zu bringen, daß etwa 60% der für März fälligen Lohnzulage (80% sind insgesamt fällig) noch in dieser Woche ausgezahlt werden soll. Der Rest von 40%, etwa 220.000 M., soll erst nach endgültiger Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung, die frühestens am Donnerstag,

den 30. März d. J. zu erwarten ist, gezahlt werden. Die Auszahlung der Beträge wird sich dann bis weit in den April hineinziehen.

Gegen diese Verschleppung von Arbeiterangelegenheiten, muß ganz entschieden Protest erhoben werden. Kein Privatangehöriger darf sich erlauben, drei bis vier Wochen nach der Entscheidung durch einen Schiedsspruch die dadurch eingetretene Erhöhung der Löhne erst wirksam werden zu lassen. Der Standpunkt des Magistrats, die Erledigung von Schiedssprüchen zu einem kommunalpolitischen Handelsobjekt zu machen, kann nicht gebilligt werden. Deshalb werden schon bei den nächsten Lohnverhandlungen, die demnächst stattfinden, die Vertreter der Arbeitnehmer mit allem Nachdruck dahin wirken, daß die zugesprochenen Lohnerhöhungen den Arbeitern in kürzester Frist ausbezahlt werden.

Die der Magistrat die notwendigen Deckungen für die erforderlichen Beträge herbeischafft, ist gewiß schwierig. Diese Frage darf aber um so weniger zu einem politischen Druckmittel gemacht werden, als den Arbeitern doch kein Gewinn gemacht, sondern nachträglich ihr Lohn dem immer rascher sinkenden Geldwert in nicht einmal ausreichendem Maße ausgeglichen wird. Deshalb kann der Magistrat den Arbeitern diese lebensnotwendigen, wahrhaftig nicht übermäßigen Beträge nicht vorenthalten!

Die Zukunft der städtischen Werke

In den Verhandlungen des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung, der sich mit der neuen Vorlage des Magistrats über die Tarifierhöhungen befaßte, war insbesondere eine Erklärung des Stadtkammerers Dr. Rading bemerkenswert, die er auf Anfrage von demokratischer Seite, wie es mit der Umgestaltung der Werkverwaltungen durch Vereinnahmung der erforderlichen Kapitals befehle, erteilte. Der Stadtkammerer betonte, daß der Magistrat seine Hand zur Umwandlung der städtischen Werke in gemischtwirtschaftliche Betriebe, bei denen das Privatkapital einen fast mitbestimmenden Einfluß habe, unter keinen Umständen geben werde. Das würde den Bankrott der städtischen Verwaltung bedeuten; soweit sei der Magistrat noch nicht festgefahren. Für die Elektrizität, Gas- und Wasserwerke bestעה keine wirtschaftliche Notwendigkeit, sie in gemischtwirtschaftliche Betriebe umzuwandeln, um so weniger, als es in den letzten drei Monaten gelungen sei, bei ihnen erhebliche wirtschaftliche Verbesserungen zu erzielen. Dagegen könne die Straßenbahn ohne Vereinnahmung von fremdem Kapital nicht in erträglicher Form aufrecht erhalten werden. Der Magistrat sei genötigt, für die Straßenbahn eine Form ähnlich wie bei der Nord-Süd-Bahn zu finden, wobei aber die Bahn nicht aufhören dürfe, städtisches Unternehmen zu bleiben. Es könne sich nur um eine rein städtische Aktiengesellschaft handeln. Von sozialdemokratischer und Zentrumseite wurde den Ausführungen des Kammerers zugestimmt. Die Vertreter der Deutschnationalen Fraktion behielten sich ihre Stellung zu den Tarifierhöhungen vollständig vor, während von der Deutschen Volkspartei darauf hingewiesen wurde, daß bei gemischtwirtschaftlichen Betrieben nicht unbedingt das Privatkapital zu überwiegen brauche.

Die Erklärung des Kammerers ist durchaus zu begrüßen; sie wird hoffentlich dem „Berliner Tageblatt“ zu denken geben, das so unentwegt die städtischen Werke verschächern will. Ueber die Absicht, die Straßenbahn umzuwandeln, wird noch zu reden sein. Wenn eine beweglichere Gestaltung des Unternehmens mit eigenem Etat diskutabel ist — im Rahmen der kommunalen Verwaltung natürlich — so ist an eine Auslieferung an das Privatkapital gar nicht zu denken.

Die Entschädigung der Stadtverordneten

Der Oberpräsident hatte seinerzeit die Bewilligung von Plänen, Anwesenheitsgehältern u. dal. für Stadtverordnete usw. beantragt und als nach dem Gesetz vom 27. 3. 20 über die Bildung einer Einheitsgemeinde Groß-Berlin für nicht zu billigen erklärt. Das Oberverwaltungsgericht hatte dann diese Beantragung für rechts gültig erachtet und darin in einem Urteile erkannt. Die Fraktionen des Preussischen Landtages haben dann beantragt, diese Materie durch Gesetz zu regeln. Die Staatsregierung ist dem Erlauchen nachgekommen und hat jetzt dem Landtage einen Gesetzesentwurf unterbreitet. Ein Stadtverordneter-Ausschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage hat sich unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorsichters Freitag mit dem Erlaß eines Ortsgesetzes beschäftigt, das diese Materie behandelt, dem Erlaßbarer Auslagen und etwa entgangener Arbeitsverdienste für ehrenamtlich tätige Bürger vorsteht. Es wurde nach eingehender Beratung beschlossen, den unbesoldeten Magistratsmitgliedern ein Pauschquantum von 1500 Mark pro Jahr, dem Stadtverordnetenvorsichters die gleiche Summe, den unbesoldeten Mitgliedern der Bezirksämter je 900 M. pro Jahr und dem Vorsitzenden der Bezirksversammlung je 500 M. pro Jahr zu bewilligen. Die Stadtverordneten sollen für jede Sitzung 50 M., ferner 25 M. für jede Ausschuß- und Deputations Sitzung erhalten und den Bezirksverordneten ebenfalls 25 M. für die Sitzungen der Bezirksämter gewährt werden. Für die übrigen Sitzungen (Ausschuß- und Verwaltungsdeputationen) sollen den Bezirksverordneten 15 M. gezahlt werden. Die Bürgerdeputierten sollen in Zentralverwaltungsdeputationen 25 M. und in den Bezirksdeputationen 15 M. pro Sitzung bekommen. In besonderen Fällen kann auf Antrag eine höhere Entschädigung bis zu 20 M. pro Stunde bewilligt werden. Außerdem erhalten die Stadt- und Bezirksverordneten Freifahrtkarten auf der Straßenbahn usw. und kann ihnen ausgelegtes Fahrgehalt erstattet werden.

kräftig empfohlen durch



Jugal Gicht, Grippe, Rheuma, Herzenschlag, Ischias, Nervenschmerzen.

Essig mit die Schmeeren und fribel die Hamilire aus. Da es Spat. 24 Best. 64% Acid. acet. salic. 0400% Chelid. 12,7% Lithium, Rest Stärke u. Aethe.

1. Glauben Sie, daß angesichts der Besonderen, durch den Krieg und seine Folgen geschaffenen Lage das deutsche Volk mit einem achtstündigen Maximal-Arbeits-tage auskommen vermag? Auf welche wirtschaftlichen Tatsachen stützt sich, sowohl in bezug auf den wie in verneinendem Falle, ihre Meinung?

2. Welches Einzelmaterial können Sie für Ihre Ansicht aus Ihrem speziellen Beruf (Gewerbe) anführen?

Die Vertreter der freien Gewerkschaften sprachen sich als Sachverständige im allgemeinen dahin aus, daß sie die Verringerung des Achtstundentages entschieden ablehnen müßten. Die Stimmung in Arbeiterkreisen sei durchaus gegen diese Absicht. Ehe man einer Verlängerung der Arbeitszeit zustimmen vermöge, müsse geprüft werden, ob denn darin das einzige Mittel für die Steigerung der Produktion liege. Das sei zu verneinen. Verbesserungen der Methoden, planmäßige Durchorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele der Verringerung aller Hemmnisse im Produktionsprozeß würden der Produktivsteigerung ungleich härter dienen. Von einer schematischen Durchführung des Achtstundentages sei bisher keine Rede gewesen, werde es in Zukunft auch nicht sein. Die Abweichungen könnten der tariflichen Regelung überlassen werden.

Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften erklärte, daß man kaum mit dem Achtstundentage auskommen dürfte. Ehe man für die Verlängerung der Arbeitszeit einträte, solle man erst den Achtstundentag in der ganzen Wirtschaft vollkommen durchführen. Die zusätzliche Arbeitskraft brauche aber nicht durch Verlängerung der Arbeitszeit gewonnen zu werden.

Aus den Darlegungen der übrigen Sachverständigen sei folgendes hervorgehoben:

Der Achtstundentag ist bereits früher in einzelnen Gewerben mit recht günstigem Erfolge durchgeführt worden, wobei allerdings im Stillstand gearbeitet wurde. Eine Erhöhung der Arbeitszeit habe dort zu einem Rückgang der Arbeitsleistung geführt. Eine plötzliche Senkung der Arbeitszeit komme allerdings nur bei gründlicher Verbesserung der Methoden in Frage. Die mit der Verkürzung der Arbeitszeit zusammenhängenden Probleme wären aber äußerst schwierig; sie müßten durch eine entsprechende Erleichterung gelöst werden.

Sachverständiger Kallstl verneinte die Frage, ob der Achtstundentag genügen könne. Arbeiterschaft und Unternehmer hätten gleiche Verantwortungslosigkeit bewiesen. Er empfehle die Disziplinierung des Achtstundentages auf 5 Jahre und die tarifliche Regelung der Arbeitszeit.

Der sozialpolitische Ausschuss wird in einer weiteren Sitzung noch die Herren Prof. Lindemann, Dr. Hülferding und Reichsarbeitsminister a. D. Schlicke als Sachverständige zu der Frage vernehmen.

An unsere Abonnenten!

Die gesamte deutsche Presse ist jetzt einer grenzenlosen Ausbeutung und Preistreibe der Holz- und Kohlesyndikate unterworfen. Sofern nicht Mittel und Wege gefunden werden, dieser Profitgier Einhalt zu gebieten und halbwegs erschwingliche Preise für die Grundprodukte zur Herstellung des Papiers und des Zeitungspapiers festgesetzt werden, geht das gesamte Zeitungsgewerbe geradezu einer Katastrophe entgegen. Unzählige Zeitungsunternehmen werden ihre Betriebe schließen müssen und das Heer der Arbeitslosen wird beträchtlich vergrößert werden.

Es muß Jedem einleuchten, daß die Arbeiterzeitungen am meisten unter dieser Profitgier zu leiden haben, da ihnen weder große Reservesfonds, noch große Inserateinnahmen helfend zur Seite stehen. Obwohl die Abonnementspreise eine ungewöhnliche Höhe erreicht haben, decken dieselben nicht im entferntesten die Herstellungskosten der Zeitungen. Die Rücksichtslosigkeit der Papieryndikate, die einfach die Papierpreise willkürlich diktiert, hat es fertig gebracht, daß der gegenwärtige Papierpreis das 55- bis 65fache des Friedenspreises

erreicht hat. Kostete im Frieden 1 Kilogramm Papier 20 Pf., so haben wir im April mit 13 bis 14 M., für Mai vielleicht mit 16 bis 18 M. pro Kilogramm zu rechnen. Dazu kommen die rapid gestiegenen Preise für alle zur Herstellung einer Zeitung notwendigen Produkte. Viele Zeitungsunternehmen haben ihre Betriebe geschlossen und weitere werden folgen. Die Arbeiterpresse wird von diesem Wucher am meisten betroffen. Man kann fast die Absicht, die Arbeiterpresse zu vernichten, erkennen. Die Stimmungs-Monopolisierung des gesamten Zeitungsgewerbes macht mehr und mehr Fortschritte.

Gleich wie „Vorwärts“ und „Rote Fahne“ den Abonnementspreis um 10 M. erhöhten, ist auch die „Freiheit“ gezwungen, den Abonnementspreis um 10 M. zu erhöhen, also

für Monat April auf 35 M.

Trotz alledem setzen wir das feste Vertrauen in unsere Genossen und die Leser der „Freiheit“, daß sie auch fernerhin ihrer Presse treu bleiben.

Die „Freiheit“ ist das Rückgrat unserer Partei. Sie ist der unentwegte Verfechter unserer Ideen. Genossen und Genossinnen! Weht an den Zeichen der Zeit nicht unbeachtet vorüber. Wohl bedeutet die Abonnementserhöhung eine weitere Belastung eures Haushalts; aber es geht um die Weitererhaltung eurer Presse.

Seht dem Druck der Syndikate die Agitation für eure Presse entgegen. Verlangt von den Geschäften, in denen ihr kauft, daß sie in der „Freiheit“ inserieren und beruft Euch bei euren Einkäufen stets auf die Inserate der „Freiheit“.

In wenigen Tagen wird es gelungen sein, die technischen Schwierigkeiten für die Fertigstellung unserer Zeitung zu beheben, damit ist auch die Gewähr geboten, daß wieder eine pünktliche und gewissenhafte Belieferung unserer Abonnenten Platz greifen wird.

Wir bitten unsere Leser und Abonnenten, ihr Verständnis für unsere Zwangslage voraussetzend, bis zu dieser Zeit um gefällige weitere Rücksichtnahme. Der Verlag der „Freiheit“.

Genossen! Kein Einkauf ohne nachdrücklichste Berufung auf die Anzeige in der „Freiheit“!

Wirtschaftsartikel

Speiseteller tief oder flach 7²⁵

- ### Steingut
- Abendbrotteller ... 1⁹⁵
 - Kaffeeteller ... 1²⁵
 - Washbecken bunt 22⁵⁰
 - Wasserkannen bunt 9⁷⁵
 - Vorratsstollen mit Deckel dekoriert ... 3⁹⁵
 - Gewürzstößchen mit Deckel, dekoriert ... 1⁹⁵
 - Essig- u. Oelflaschen dekoriert ... 1²⁵
 - Salz- u. Mehlresten dekoriert ... 9⁷⁵
 - Satz Schüsseln 5 teilig 19⁷⁵
 - Nachtgeschirre bunt 14⁷⁵

- ### Küchenartikel
- Kaffeemühle Holz 24⁵⁰
 - Reibemaschine ... 54⁵⁰
 - Holztafelt Buche ... 39⁵⁰
 - Waschbrett mit Zinkeinlage 17⁵⁰
 - Wichs- od. Putzkast. 9⁵⁰
 - Nadelrollen ... 9⁵⁰
 - Klammern für Wäsche ... Schock 5⁹⁵
 - Waschtische lackiert 78⁵⁰
 - Waschständer lack. 26⁵⁰
- Küchengeräte 195⁰⁰**
Steingut, Emaille, Holz, in versch. Dekor., Garnitur

- ### Blechwaren
- Garnitur für Sand, Seife, Soda, lackiert 17⁵⁰
 - Leitungsschoner lackiert ... 34⁵⁰
 - Zwiebelbehälter lack. 2²⁵
 - Müllschaufel lackiert 10⁵⁰
 - Deckelhalter lackiert 3⁷⁵
 - Brotkasten lackiert 118⁵⁰
 - Kuchenform Weißblech 9⁵⁰
 - Springform Weißblech 16⁵⁰
 - Reibeisen mit Holzrahmen 5⁷⁵
 - Durchschläge Weißblech 9⁷⁵
 - Suppensiebe m. Gazeboden 12⁵⁰

- ### Stahlwaren
- Messer u. Gabel Solinger Fabr. Paar 19⁷⁵
 - Tischmesser mit schw. Heft ... 9⁵⁰
 - Eblöffel Aluminium ... 1⁹⁵
 - Teelöffel Aluminium ... 1²⁵
 - Eblöffel Alpaka ... 24⁵⁰
 - Teelöffel Alpaka ... 12⁵⁰
 - Vorleger Aluminium 19⁷⁵
 - Küchenmesser ... 1⁴⁵
 - Kartoffelschäler 95⁰⁰
- Küchengeräte 375⁰⁰**
Aluminium, Emaille, verschieb. Golddekore

- ### Porzellan
- Kaffeekannen groß 22⁷⁵
 - Milchtöpfe ... 5⁹⁵
 - Zuckerboxen mit Deckel 5⁹⁵
 - Obertassen ... 1⁹⁵
 - Untertassen ... 1⁹⁵
 - Zuckerschälchen 95⁰⁰
 - Kaffeefasse mit Untertasse, blau Band und Goldlinie ... 9⁷⁵
 - Teetasse mit Untertasse, blau Rand und Linie ... 9⁷⁵
 - Kaffeeteller reich dekoriert, verschiedene Formen ... 7⁹⁵
 - Eierteller Delfidekor 3⁹⁵

Satz-Töpfe Porzellan, gold- od. bunt dekoriert, 6 teilig ... Satz 49⁷⁵

Schmortöpfe Aluminium, mit Deckel 5 Stück Satz 295 ⁰⁰	Kohlenanzünder Paket 45 ⁰⁰	Bratpfannen Eisen, mit Stiel Stück 8 ⁷⁵
--	---	---

Jandorf

Belle-Alliance-Str. St. Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmsdorfer Str.

Verz. geleitete, modern eingerichtet. Heilanstalt f. ambulat. Behandlung

Modernes, speziell Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- und Massageverfahren, etc.

wissenschaftlich anerkannte und glänzend bewährte künstliche Höhen- u. Senkungen - Behandlung

Künstliche Höhen- u. Senkungen, Wasserheilverfahren, Pflanzen- und Kräuterbäder und Bäder, Sauerstoffbäder, Sauerstoffinhalationen, mechanische, elektrische, chemische, physikalische, etc.

... (detailed list of ailments treated) ...

Paul Mistelsky, Arzt
im Ausland approbiert, von der deutschen Regierung anerkannt
Berlin SO. 16, Brüderstr. 10b
Keine briefliche Behandlung, nur nach genauer Untersuchung in der Heilanstalt

30 jährige Praxis

Dukaten-Gold 500 gest.
14 Karat-Gold 285 gest.
8 Karat-Gold 333 gest.

Stück von 70 Mk. an TRAU RINGE
billiger

Stets vorrätig am Lager

Trauringfabrik Minoga BERLINO
Grüner Weg 69
I. Filiale: Dresdener Str. 31

Gold-, Silber-, Platin-
Ringe, Ketten, Läden, Bruch Zahngebisse etc.

Brillanten
kaufen Sie zu den allerhöchsten Preisen

Gebr. Fahrmann, Nollendorfer Str. 39

Planchette
Brillanten, Gold-, Silber (Trau), Platin, Zahngebisse,
Zahn 10 - bis 350,- Mark.
Präzisions Feilstecher.
Ankauf zum Ausverkauf
von alt. Gold- u. Silbermünzen

Kurt Kohlert, Berlin
Löhninger Str. 24

Betriebs-Dolente!
Geben erst an in zweiter, erweiterter und veränderter Auflage

Der Betriebsobmann
Von Rudolf Bedt Preis 6.- Mark

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, durch alle Organisationen Betriebsrätezentralen, Gewerkschaftsvereine oder direkt von der

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 Breite Straße 8-9
Auch durch alle Filialen der „Freiheit“

Spezialbehandlung
Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleiden, Mann schw. Odor. Erweichung des Halses etc. Urin-Blutuntersuchung. Invalidenkarte 147. Heilanstalt Andres, Köpenicker Str. 111-112. Spr. 10-12, 1-4, 8, Sonntags 10-12.

Geschlechtskranke!
Spez. Arzt Dr. Dammanns Heilanstalt.
Sprechstunde, taglich 9-12, 2-7, Sonntags 10-12. Telefon No. 1014 u. Lützow 153. Pöndamer Straße 123b.

Hermann Engel
Landsberger Str. 85, 86, 87.

Warten Sie nicht mit den Anschaffungen für Frühjahr und Sommer sondern kaufen Sie jetzt!

Es muß Ihnen in der heutigen schweren Zeit daran gelegen sein, Ihr Geld gut anzulegen, daher bitte kommen Sie!

Grosser Verkauf von **Modell-Konfektion u. Modell-Hüten**

in guter Ware u. feinst. Ausführung. 475 M. 495 M. 398 M. Reinwollene Kleider mit Stickerel ... 398 M.
Donegal-Mäntel, 300 M. 305 M. 498 M. Waschkleider in weiß und hellblau ... 198 M.
Donegal-Jackenkleider, 1900 M. 1550 M. Reinwollene Strickkleider ... 898 M.
Marineblaue Jackenkleider auf Sorge ... 1496 M. Dunkelblaue Kleiderrocke 445-299 M.

Selten grosse Auswahl von allerfeinsten Modellen in Kostümen, Mänteln, Kleidern und Kleiderrocken in neuesten Farben, Stoffarten und Fassons zu sehr billigen Preisen.

100 cm breite Prima Voile, entzückende Muster, Mtr. 87.50, 98.50. * 80 cm breite D'indistoffe, gute Qual., reizende Dessins, Mtr. 38.50. * 70 cm breiter Körper Velvet Mtr. 195.- M. in vielen Farben. * Jumper aus Wolle, große Farbenwahl, 225.-. * Jumper aus Kunstseide, feuchte Formen, 425.-, 395.-, 365.-. * Weiße Waschblusen aus Prima Voll-Voile, mit Mandajour handge-tickt u. echtem Filet garniert.

Frühjahrsstoffe für Herren-Anzüge und Damen-Kostüme in bester Qualität außerordentlich preiswert.

Sommer-Herren-Socken in schwarz und farb-g, Paar 25⁰⁰ M., 18⁰⁰ M.
Baumwollene Herren-Socken in grau und braun, Paar 9⁷⁵ M., 8⁵⁰ M., 7⁰⁰ M., 5⁵⁰ M.
Flor- u. Mousseline-Damen-Strümpfe, schwarz Paar 27⁵⁰, 22⁵⁰, 18⁵⁰.
Deuschlange Frauenstrümpfe, vorzügliche Qualität, Paar 25⁰⁰ M.
Seidene Damenstrümpfe in allen Farben Paar 29⁵⁰ M., 25⁵⁰ M., 19⁵⁰ M., 17⁵⁰ M., 16⁷⁰ M., 14⁹⁰ M.

Selbendor-Damenstrümpfe, schwarz, mode u. grau, Paar 112⁰⁰, 52⁰⁰, 49⁰⁰, 46⁰⁰ M.
Schwarze Kindersöckchen mit Wollrand
Größe 2 3 4 5 6 7 8 9
Paar 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁵⁰ 20⁵⁰ 23⁵⁰ 26⁵⁰ 29⁵⁰

Schwarze englischlange Kinderstrümpfe
Größe III IV V VI VII VIII IX X XI
Paar 4⁰⁰ 6⁰⁰ 7⁵⁰ 9⁰⁰ 10⁵⁰ 13⁵⁰ 14⁵⁰ 15⁵⁰ 17⁵⁰

Großer Wäsche- u. Tischzeug-Aussteuer-Verkauf
Brautleute, junge Ehepaare, sparsame Hausfrauen!
Lassen Sie die Gelegenheit zum Einkauf von ganzen Wäsche- und Tischzeug-Aussteuern und zur Ergänzung nicht vorbegehen, es ist nicht vorzuziehen, welche Steigerungen die Preise noch erfahren können.

Großer, außerordentlich billiger Verkauf
von Teppichen, Läuferstoffen, Bettvorlagen, Möbelstoffen, Tischdecken, Bettdecken, Diwanddecken, Reisdecken, Gardinen, Stores.

Spezialarzt
für Haut-, Horn-, Frauenleiden, Syphilis, Gicht, Gelenk-, Blutharzen, Blutharzen, etc.

Dr. med. Lammert
Ambulatorium, 10-1, 4-7, 10-12
Brüderstr. 10b
Keine briefliche Behandlung, nur nach genauer Untersuchung in der Heilanstalt

Homöopath
Don. (1905) Erläuterung, gütig, für alle Haupt- u. Neben-Krankheiten, 11. u. 12. Aufl., 1.-, 4.-, 8.-, 12.-, 16.-, 20.-, 24.-, 28.-, 32.-, 36.-, 40.-, 44.-, 48.-, 52.-, 56.-, 60.-, 64.-, 68.-, 72.-, 76.-, 80.-, 84.-, 88.-, 92.-, 96.-, 100.-, 104.-, 108.-, 112.-, 116.-, 120.-, 124.-, 128.-, 132.-, 136.-, 140.-, 144.-, 148.-, 152.-, 156.-, 160.-, 164.-, 168.-, 172.-, 176.-, 180.-, 184.-, 188.-, 192.-, 196.-, 200.-, 204.-, 208.-, 212.-, 216.-, 220.-, 224.-, 228.-, 232.-, 236.-, 240.-, 244.-, 248.-, 252.-, 256.-, 260.-, 264.-, 268.-, 272.-, 276.-, 280.-, 284.-, 288.-, 292.-, 296.-, 300.-, 304.-, 308.-, 312.-, 316.-, 320.-, 324.-, 328.-, 332.-, 336.-, 340.-, 344.-, 348.-, 352.-, 356.-, 360.-, 364.-, 368.-, 372.-, 376.-, 380.-, 384.-, 388.-, 392.-, 396.-, 400.-, 404.-, 408.-, 412.-, 416.-, 420.-, 424.-, 428.-, 432.-, 436.-, 440.-, 444.-, 448.-, 452.-, 456.-, 460.-, 464.-, 468.-, 472.-, 476.-, 480.-, 484.-, 488.-, 492.-, 496.-, 500.-, 504.-, 508.-, 512.-, 516.-, 520.-, 524.-, 528.-, 532.-, 536.-, 540.-, 544.-, 548.-, 552.-, 556.-, 560.-, 564.-, 568.-, 572.-, 576.-, 580.-, 584.-, 588.-, 592.-, 596.-, 600.-, 604.-, 608.-, 612.-, 616.-, 620.-, 624.-, 628.-, 632.-, 636.-, 640.-, 644.-, 648.-, 652.-, 656.-, 660.-, 664.-, 668.-, 672.-, 676.-, 680.-, 684.-, 688.-, 692.-, 696.-, 700.-, 704.-, 708.-, 712.-, 716.-, 720.-, 724.-, 728.-, 732.-, 736.-, 740.-, 744.-, 748.-, 752.-, 756.-, 760.-, 764.-, 768.-, 772.-, 776.-, 780.-, 784.-, 788.-, 792.-, 796.-, 800.-, 804.-, 808.-, 812.-, 816.-, 820.-, 824.-, 828.-, 832.-, 836.-, 840.-, 844.-, 848.-, 852.-, 856.-, 860.-, 864.-, 868.-, 872.-, 876.-, 880.-, 884.-, 888.-, 892.-, 896.-, 900.-, 904.-, 908.-, 912.-, 916.-, 920.-, 924.-, 928.-, 932.-, 936.-, 940.-, 944.-, 948.-, 952.-, 956.-, 960.-, 964.-, 968.-, 972.-, 976.-, 980.-, 984.-, 988.-, 992.-, 996.-, 1000.-

Trauringe
direkt ab Fabrik an Privat, wodurch jeder Jubiläumstag ausgefallt ist.

Massi. Gold von 60,- M. an

H. Schneider & Sohn
Goldwarenfabrik, Brunnenstr. 41
Konfer- und Verkaufsräume von 1. Etage
Telephon 1014 u. Lützow 153

Überall in Zigarrengeschäften erhältlich
die echte Kapitän-Kautabak, nur
der Zigaretten (Rollen, Schließen, Stangen, Twist
(N. 4.- Censurverbot) Verkaufsstellen durch
Cari Röcker, Berlin, Lützowstr. 22 (ag. 2861)

Briefwechsel zwisch. Schiller u. Goethe
352 Seiten stark und gut gebunden je 8.- Mk.
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Al me. n. e.
kauft u. kauft ...
Friedrich-Wilhelm-Str. 28

Frauenare
ausgekl. kaufte ...
Friedrich-Wilhelm-Str. 28

Merkt Euch unsere Infanten!

Gewerkschaftliches

Welcher Beruf soll erlernt werden?

Die kommenden Schulentscheidungen drängen vielen Eltern die Frage auf, welchen Beruf sie ihren Kindern erlernen lassen sollen. In den Fällen, wo die Schulentscheidungen ganz bestimmte Wünsche und Neigungen, verbunden mit in Frage kommenden Fähigkeiten, zeigen, ist die Wahl nicht schwer, besonders noch in den Fällen, wo die Eltern diese Wünsche fördern. Die Dinge aber anders, so wird die Wahl oft zur Qual. In den meisten Fällen ist der Wunsch bestimmend, einen sogenannten „leichten“ oder „besseren“ Beruf zu ergreifen, der ein „gutes“ Fortkommen ermöglicht. Diese Wünsche, die sicherlich in bester Absicht geäußert werden, sind ein Ueberbleibsel aus der „großen Zeit“, in der es als ein Ideal galt, ein unproduktiver, aber „gesicherter“ Existenzmittel zu sein. Mit solchen Anschauungen müssen wir aufräumen. Auch das zweite Argument des guten Fortkommens ist nicht stichhaltig. Jeder Tag gebiert neue technische Erfindungen, die ganze Berufe ihrer bislang innegehabten Existenzfähigkeit mit einem Schlage beraubt. Fast alle „gelernten“ Berufe haben Plananlagen aufzuweisen gehabt, die durch die technische Revolutionierung gegenstandslos wurden. Der ehemals vielteilige Berufsarbeiter ist in den allermeisten Fällen heute ein Teilarbeiter auf engem Gebiete geworden, der es höchstens zum Spezialisten bringen kann. Also die „gesicherte Existenz“ auf irgendeinen Beruf im kapitalistischen Staat aufbauen und erwarten zu wollen, ist trügerischer Natur, solange wir eben in der Privatwirtschaft leben.

Mit diesen allgemeinen Darlegungen ist aber den Eltern nicht gedient und wir wollen es auch nicht dabei bewenden lassen. Wenn wir unseren Eltern einen Rat geben, so wäre es der, ihren Kindern auf alle Fälle, wo nicht besondere kaufmännische usw. Talente vorliegen, einen technischen Beruf erlernen zu lassen, der ihnen die Möglichkeit gewährt, überall in der Welt tätig sein zu können. Wir haben in Deutschland ein zu ungleiches Verhältnis zwischen den volkswirtschaftlich produktiven und den eigentlich unproduktiven, in den Verwaltungen usw. tätigen Kräften. Kommt doch schon auf 14 erwachsene Männer in Deutschland ein Beamter, abgesehen von dem zahllosen Heer der im Handel tätigen Angeklümmten. Hervorgehoben sei auch, daß allgemein der qualitative Rückgang in vielen Berufen — durch die Kriegsverluste — beobachtet und beklagt wird.

Man ergreife also irgendeinen technischen Beruf, nütze alle technischen Bildungsmöglichkeiten, wie Fortbildungsschulen, Meisterkursen usw. aus und vervollkomme sich auf allen Gebieten. Auch die Erlernung fremder Sprachen — irgendeine lateinische, slavische oder englische — ist zu befürworten. So gerüstet wird jeder den Kampf ums Dasein bestehen können. Besonders einzelne Berufe anzugehen liegt uns fern. Das müssen Eltern und ihre Kinder selbst beschließen. In verschiedenen Industrien liegen nun die Verhältnisse nicht besonders günstig und eine hohe Bezirksausbeute wird erreicht.

Wir müssen daher alle Eltern dringend auffordern, bevor sie ihre Kinder irgendeinem Beruf überantworten, nicht nur das häßliche Berufsberatungsamt in Berlin im ehemaligen Passagierhaus in der Friedrichstraße beim Drantenburger Tor anzuhören, sondern auch bei der gewerkschaftlichen Organisation Rat und Auskunft einzuholen. Werden diese Grundsätze befolgt, so bewahren sich die Eltern und ihre Kinder vor Schaden.

Damit erübrigen sich auch die vielen an uns gerichteten Hinweise einzelner Gewerkschaften, vor diesem oder jenem Beruf zu warnen, die wir schon aus räumlichen Gründen nicht bringen können.

Zum Schiedspruch in der Metallindustrie

Der zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten in der Berliner Metallindustrie vom Reichsarbeitsministerium einsetzte Schlichtungsausschuß hat in der Sitzung vom 24. März 1922, an welcher von Arbeitnehmerseite Fiska, Bredow und Fippel teilnahmen, folgende einstimmigen Schiedsprüche:

I. Die bisher gewährte Kinderzulage wird um 30 Pf. die Stunde erhöht. II. Die tarifmäßigen Löhne der männlichen Arbeiter über 21 Jahre werden in allen Klassen um 2,75 M. die Stunde, der Arbeiter unter 21 Jahre um 2,50 M. die Stunde erhöht. Der Lohn der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren wird wie folgt festgesetzt: von 14 bis 15 Jahren auf 6,00 M., von 15 bis 16 Jahren auf 7,10 M., von 16 bis 17 Jahren auf 8 M. und von 17 bis 18 Jahren 9 M. die Stunde.

Die tarifmäßigen Löhne und die Affordbasen der Arbeiterinnen der Gruppe B III und B IV werden um 2,25 M. die Stunde erhöht. Die Stundenlöhne der jugendlichen Arbeiterinnen unter 18 Jahren werden wie folgt festgesetzt: von 14 bis 15 Jahren auf 6,00 M., von 15 bis 16 Jahren auf 6,70 M., von 16 bis 17 Jahren auf 7,30 M. und von 17 bis 18 Jahren auf 7,80 M. die Stunde. Der Einstellungslohn ist 10 Pf. die Stunde weniger. Die Löhne, Affordbasen und Stundenzuschläge der übrigen Arbeiterinnen betragen 70 Prozent der Löhne der Arbeiter.

III. Die Leistungszuschläge gemäß den allgemeinen Bestimmungen werden von 3 mal 10 Pf. die Stunde auf 3 mal 30 Pf. die Stunde in der I. Lohnklasse, 3 mal 25 Pf. die Stunde in der II. Lohnklasse, 3 mal 20 Pf. die Stunde in der III. Lohnklasse und in der IV. und V. Lohnklasse 3 mal 15 Pf. die Stunde für alle über 18 Jahre alten Arbeiter erhöht.

IV. Die Affordbasen werden für alle über 18 Jahre alten Arbeiter auf 14,85 in Klasse I, 14,45 in Klasse II, 14,05 in Klasse III, 13,75 in Klasse IV und 13,45 M. in Klasse V festgesetzt.

V. Für die Uebergangszeit bis zur Umrechnung der Afforde erhalten die Arbeiterinnen außer ihrem Affordverdienst 2,25 M. festen Lohnzuschlag die Stunde. Alle Affordarbeiter, die bis zu 25 Prozent über ihre alte Affordbasis verdienten, erhalten den vollen Zuschlag von

2,75 M. bzw. 2,50 M. die Stunde. Die Stundenzuschläge bei den übrigen Affordarbeitern werden durch Vereinbarung der Parteien entsprechend festgesetzt.

VI. Der Schiedspruch tritt mit dem 27. März 1922 in Kraft und gilt für den Monat April.

VII. Die Parteien haben sich über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches bis zum 31. März 1922 dem Arbeitsministerium gegenüber zu erklären.

Am Montag, dem 27. März 1922, abends 7 Uhr, findet im Arbeiter-Vereinshaus, Chausseestraße 34, eine gemeinsame Versammlung aller Funktionäre aus den Betrieben des Verbandes Berliner Metall-Industrieller, soweit dieselben einer dem Metallkartell angeschlossenen Gewerkschaft angehören, statt; welche zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nimmt.

Für die Industrieorganisation

Generalversammlung der Buchbinder.

H. P. Die am 24. März stattgefundene außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter nahm zu den eingelaufenen 4 Listen der Kandidaten zum Verbandstag Stellung. Darunter bestand sich je eine S. P. D., U. S. P., R. P. D. und eine unparteiische Liste.

In der Diskussion erklärte u. a. Stephan, U. S. P., daß der Verbandstag sich in der Hauptsache mit organisatorischen Aufgaben zu beschäftigen haben wird, und daß naturgemäß die hohe theoretische Politik nicht auf dem Verbandstag eines Berufes ausgetragen werden kann. Wohl kann man in der jetzigen Zeit die Politik aus der Gewerkschaft nicht ausschalten, und darum wird auf dem Gewerkschaftskongreß mit der bisherigen Stellungnahme des A. D. G. B. in bezug auf die Erfassung der Sachwerte und über das mangelnde Eintreten für die zehn Punkte gesprochen werden müssen. Wenn heute das Zutrauen

Bauarbeiter!

Heute entscheidet sich Euer Geschick. Wehret den kommunistischen Ansätzen und wählt heute geschlossen die

Liste Amsterdam

der Massen zur Arbeiterbewegung nachläßt, so ist die systematische Hege der Kommunisten den eigenen Körperlichkeiten gegenüber daran Schuld.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Aufstellung der Delegation zum Verbandstag, wurden vom Kollegen Kothke die Vorschläge der Versammlung unterbreitet. Kaspar stellt einen Antrag zum Gewerkschaftskongreß, welcher eine Fünfer-Kommission aus den Reihen der Delegierten fordert, welcher mit dem Bundesausschuß die Frage der Industrieorganisation entscheiden solle. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Verharmelung des Schweizer Holz- und Bauarbeiter-Verbandes. In der Urabstimmung haben sowohl der Holz- als auch der Bauarbeiterverband der Verharmelung ihrer beiden Verbände mit einer starken Dreiviertelmehrheit zugestimmt. Die neugegründete Organisation wird vom Juli 1922 ab unter dem Namen „Schweizerischer Bau- und Holzarbeiterverband“ ihre Tätigkeit beginnen.

Für Jugendschutz! Gegen die 54-Stunden-Woche!

Am heutigen Sonntag finden im ganzen Reich Demonstrationen der werktätigen Jugend statt, in denen für den Ausbau der Jugendschutzbestimmungen und gegen die drohende Einführung der 54-Stunden-Woche Stellung genommen wird. Der Gegenstand über die Regelung der Arbeitszeit stellt eine Verhöhnung der arbeitenden Jugend dar. Statt den Jugendschutz weiter auszubauen und bestehende mittelalterlich anmutende Gesetzebestimmungen zu beseitigen (Nächtensarbeitsverbot) will man die Rechte der arbeitenden Jugend durch die Ausdehnung der Arbeitszeit noch schmälern. Die Arbeiterklasse weiß, daß eine solche Entrechtung der Jugend das Angehen der drohenden Gefahr auch für die Erwachsenen ist, deshalb erkennt sie die Wichtigkeit dieses Protestes.

In Berlin fand bereits am 1. März eine Jugendkundgebung statt, veranstaltet vom Ortsausschuß der Arbeiterjugend-Organisationen, die als Aufruf für die heutigen Demonstrationen im Reich anzusehen ist. Dabei war die arbeitende Jugend Berlins aufmarschiert und hatte in einer imposanten Versammlung nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Schred eine von uns bereits veröffentlichte Entschließung gefaßt, von der zu erwarten ist, daß die darin niedergelegten elementaren Proteste der Jugend nicht ungehört verhallen und eine weitere Beschränkung der Jugendrechte verhindern werden.

An die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes.

Der Bezirk Charlottenburg ist aufgelöst. In den nächsten Tagen wird ein Beauftragter des Vorstandes vorkommen, um jedem Mitglied Gelegenheit zu geben, nach erneuter Anerkennung der Verbandstatuten und Wahrung aller Rechte die Mitgliedschaft fortzusetzen.

Die lokale Kasse wird in Zukunft nicht mehr statt, sondern die Beiträge werden den Mitgliedern durch Hausfassierer abgeholt werden. Sollte wider Erwarten versucht werden, mit falschen Marken in den bisherigen Lokalen weiter zu kassieren, so machen wir darauf aufmerksam, daß dies nicht im Auftrage des Bauarbeiterverbandes geschieht.

In dem Bezirk Alt-Glienitz hatte man beschlossen, so lange keine Beiträge an den Verband abzuführen, bis die Ausgeschlossenen in ihre alten Rechte eingesetzt werden. Weiter wurde erklärt, daß keine Beiträge mehr zu zahlen sind

und den „Grundstein“ gäbe es gratis! Deshalb sah sich der Bezirksvorstand veranlaßt, in einer von ihm einberufenen Versammlung den dort erschienenen Mitgliedern zu erklären, daß es den Umständen nach natürlich nicht geben kann. Da schon erwähnter Antrag in der besagten Versammlung aufrechterhalten wurde, erfolgte dort ebenfalls die Auflösung des Bezirks. Auch hier wird den jugendstreuen Mitgliedern Gelegenheit gegeben, ihre Mitgliedschaft genau wie in Charlottenburg fortzusetzen. Sie werden ebenfalls durch Hausfassierer besucht.

Solidaritätsstreik im Transportgewerbe

Verhärtung des Müllkühlerstreiks.

Der Beschluß der letzten Generalversammlung des Transportarbeiterverbandes, den wir in der Sonnabendnummer veröffentlichten, wonach eine Verhärtung des Müllkühlerstreiks durch die Solidaritätserklärung der übrigen Transportarbeiter eintreten sollte, steht in erschreckender Nähe. Es hat den Anschein, als wenn die berufenen Schlichtungsgesellschaften sich der Meinung hingeben, daß dieser Beschluß der Transportarbeiter nicht ernst gemeint, und daher auch nicht ausgeführt werde. Es muß aber festgehalten werden, daß in den Zusammenkünften des Verbandes mit seinen Funktionären die Sachlage besprochen und alle Vorbereitungen getroffen wurden, um den Solidaritätsstreik in kürzester Zeit zu erklären. Sollte dieser Streik zur Tatsache werden, so ist er zurückzuführen auf die Unschlüssigkeit der in Frage kommenden Instanzen, und zwar des Schlichtungsausschusses und des Arbeitsministeriums, die diese Angelegenheit bilateralisch behandelten. Der Geheimen Regierungsrat Schlümann, der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, hielt es sogar für notwendig zu erklären, daß ein Müllkühlerstreik überhaupt nicht bestehe, und daß dieser durch einen Anschlag am schwarzen Brett der Direktion der Wirtschaftsgenossenschaft bereits ein Ende fand! Da jeder Berliner Einwohner, besonders unsere Genossen in den Hinterhäusern, Gelegenheit haben, täglich die Müllberge auf den Böden zu sehen, ist es wohl notwendig, dieser lächerlichen Behauptung Schlümanns entgegenzutreten. Dieser Herr zeigt ausnahmslos die „berufene“ Persönlichkeit ist, als unparteiischer Vorsitzender einer solchen Instanz zu fungieren. Es muß verlangt werden, daß der Polizeipräsident Richter und der Minister des Innern zu prüfen haben, ob der Schutz, den sie der Wirtschaftsgenossenschaft bisher leisteten, noch weitere Berechtigung hat. Nach Lage der Verhältnisse muß verlangt werden, die Technische Nothilfe kostenlos zur Verfügung zu stellen und den polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen den Notwendigkeiten gegenüber, in vollem Umfange aufzugeben.

Weitere Beschlüsse von entscheidender Bedeutung in dieser Angelegenheit werden die Funktionäre des Transportarbeiterverbandes heute Sonntag, um 1/2 11 Uhr, in den Zentralfestsaal, Alte Jakobstr. 35, fassen.

Streik in der Damenwäsche-Fabrikation beschlossen.

In einer Mitglieder-Versammlung am 24. März 1922 in den Sophien-Sälen ist von den Arbeitnehmerinnen, nachdem die Fabrikanten die Schiedsprüche abgelehnt haben, der Streik mit großer Majorität beschlossen worden.

Während der Frist, welche von uns wegen gewählter zwecks Stellungnahme zu den Schiedsprüchen, haben die Fabrikanten ihre Arbeitnehmer mit allen demagogischen Mitteln bearbeitet, um dieselben vom Streik fernzuhalten. Sie versuchten, einen Keil zwischen die Arbeitnehmer zu treiben, indem sie den Betriebsarbeiterinnen erklärten, daß sie nur für die Heimarbeitereinnahmen würden, was natürlich nicht der Wahrheit entspricht, denn den Schiedspruch für die Betriebsarbeiterinnen haben die Fabrikanten ja ebenfalls abgelehnt und dafür niedrigere Angebote gemacht.

Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben, ist Solidarität! Auskunft erteilt das Zentral-Streik-Büro, Sebastianstraße 37/38

Schiedspruch im Berliner Einzelhandel!

In einer Nachsitzung vom 22. zum 23. März wurde von einer Sonderkommission des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin ein Schiedspruch für die kaufmännischen Angestellten gefaßt. Dieser berücksichtigt die grundsätzlichen Forderungen der Angestellten in keiner Weise, er bringt weder den 6-1/2-Jährigen noch das weitergehende Mitbestimmungsrecht. Er räumt auch nicht die Differenzierung zwischen den Gehältern für die männlichen und weiblichen Angestellten aus der Welt, er ändert auch nichts an der sehr verwerflichen Gruppierung. Die Gehälter werden durch den Schiedspruch um 30 Prozent für März und 35 Prozent für April auf die Februargehälter erhöht.

Beide Parteien haben die Pflicht, sich bis zum 30. d. Mis. über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches entschieden zu haben.

Die Angestellten stimmen in den Betrieben ab; Jettel zu der Abstimmung, sowie die genau errechneten Zahlen sind im Verbandsbüro, Belle-Alliance-Str. 7-10, erhältlich.

U. S. P. D.-Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes.

Versammlung sämtlicher Funktionäre und Generalversammlungsdelegierten, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, Donnerstag, dem 20. März, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Weinmeisterstr. 16/17.

Tagesordnung: Stellungnahme zur Wahl der Ortsverwaltung. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher in Frage stehender Genossen dringend notwendig. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Der Fraktionsvorsitzende.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell. Das freigewerkschaftliche Jugendkartell veranstaltet am Mittwoch, dem 29. März, abends 7 Uhr, in der Schulaula des Kölnischen Gymnasiums, Inselstr. 3-5 eine Versammlung mit dem Thema: „Kritik des preussischen Berufsschulwesens“ (Vorschläge für eine durchgreifende Um- und



das selbsttätige **Waschmittel** von unerreichter Wasch- und Bleichkraft.
Macht die Wäsche frisch und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht.
Wäscht mühelos, schnell und billig!
Alleinige Fabrikanten: **HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,**
auch der „Henkel“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Neugefaltung). Referent: Dr. Herring. Delegierte des Jugendrats und gewerkschaftliche Jugendfunktionäre müssen unbedingt erscheinen. Auch interessierte erwachsene Gewerkschaftsfunktionäre sind eingeladen. Mitgliedsbuch legitimiert. — Gewerkschaftskommission.

Funktionäre der Berliner Metallindustrie. Die im A. d. N. organisierten Betriebsfunktionäre beteiligen sich an der A. d. N. Funktionärerversammlung am Montag, den 27. März 1922, abends 7 Uhr, in der Vahdenhofer-Brauerei, Landsberger Allee 24. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich, da eine besondere Versammlung der A. d. N. Funktionäre nicht stattfindet.

Töpfer (Zentrale Berlin). Außerordentliche Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 30. März 1922, abends 6 Uhr, in den Sophienkäsen, Sophienstr. 17/18. Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Die Meißner Mitgliedsbuch ist mitzubringen, da eine Abstempelung zur Kontrolle stattfindet. Am 2. April Besichtigung des Baumuseums unter fachverständiger Führung. Der Vorstand.

Berliner Bühnenspielplan

Vom 26. März bis 3. April.

Erstaufführungen:

Städt. Schauspielhaus: 26. Armand Corral. — Schlosspark-Theater-Steig: 26. Die D. u. u. — Schiller-Theater: 26. Die fünf Frauen. — Theater am Kottbuser Tor: 26. Die fünf Frauen. — Theater am Kottbuser Tor: 26. Die fünf Frauen. — Theater am Kottbuser Tor: 26. Die fünf Frauen.

Wechsler Spielplan:

Volkshaus: 26. 29. 31. 2. Die fünf Frauen. — Theater am Kottbuser Tor: 26. 29. 31. 2. Die fünf Frauen. — Theater am Kottbuser Tor: 26. 29. 31. 2. Die fünf Frauen. — Theater am Kottbuser Tor: 26. 29. 31. 2. Die fünf Frauen.

Vollständig:

Deutsches Theater: 26. 29. 31. 2. Die fünf Frauen. — Theater am Kottbuser Tor: 26. 29. 31. 2. Die fünf Frauen. — Theater am Kottbuser Tor: 26. 29. 31. 2. Die fünf Frauen. — Theater am Kottbuser Tor: 26. 29. 31. 2. Die fünf Frauen.

Vor- und Nachmittags:

Städt. Schauspielhaus: 26. Die fünf Frauen. — Theater am Kottbuser Tor: 26. Die fünf Frauen. — Theater am Kottbuser Tor: 26. Die fünf Frauen. — Theater am Kottbuser Tor: 26. Die fünf Frauen.

Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiterjugend, Sozialistischer Kreis. Die Quartiergruppen sind eingeladen. — Arbeiterjugend: 26. 29. 31. 2. Die fünf Frauen. — Arbeiterjugend: 26. 29. 31. 2. Die fünf Frauen.

Gruppenveranstaltungen:

Kottbuser Vorabend: Sonntag, 26. März, abends 7 Uhr, bei der Kottbuser Vorabend. — Kottbuser Vorabend: Sonntag, 26. März, abends 7 Uhr, bei der Kottbuser Vorabend. — Kottbuser Vorabend: Sonntag, 26. März, abends 7 Uhr, bei der Kottbuser Vorabend.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Die nächste Geschäftsleitungsfeier findet am Montag, nachmittags 4 Uhr, im Verbandshaus, Breite Straße 8-9, statt.

Die Geschäftsleitung

Bezirks-Tarifen-Konferenz. Die Comantinnen der Distrikte werden ersucht, sobald als möglich die Namen der zur Bezirks-Tarifen-Konferenz am Sonntag, dem 2. April, delegierten Genossinnen im Frauenkreisamt Berlin C. 2, Breite Str. 8-9, anzugeben.

19. Verwaltungsvertrag (Kantone). Karten für proletarische Arbeiterstunden zum 8. April sind in der Kottbuser Vorabend. — Kottbuser Vorabend: Sonntag, 26. März, abends 7 Uhr, bei der Kottbuser Vorabend. — Kottbuser Vorabend: Sonntag, 26. März, abends 7 Uhr, bei der Kottbuser Vorabend.

5. Verwaltungsvertrag. 17. Distrikt. Abends 7 Uhr: Frauen-Abend. Vortrag der Reichs-Tarifen-Konferenz. — Kottbuser Vorabend: Sonntag, 26. März, abends 7 Uhr, bei der Kottbuser Vorabend. — Kottbuser Vorabend: Sonntag, 26. März, abends 7 Uhr, bei der Kottbuser Vorabend.

Dienstag, den 28. März. 2. Verwaltungsvertrag. 17. Distrikt. Abends 7 Uhr: Frauen-Abend. Vortrag der Reichs-Tarifen-Konferenz. — Kottbuser Vorabend: Sonntag, 26. März, abends 7 Uhr, bei der Kottbuser Vorabend.

Vereinskalender

Deutscher Transportarbeiterverband. Abends 7 Uhr: Frauen-Abend. Vortrag der Reichs-Tarifen-Konferenz. — Kottbuser Vorabend: Sonntag, 26. März, abends 7 Uhr, bei der Kottbuser Vorabend. — Kottbuser Vorabend: Sonntag, 26. März, abends 7 Uhr, bei der Kottbuser Vorabend.

Hören Sie doch!

und warten Sie nicht länger mit der Besorgung Ihrer frühjahrs-Kleidung. Die niedrigen Preise, die Sie jetzt noch bei uns finden, werden bald der Vergangenheit angehören.

Tuchmantel in feinen, hellen Farben, besonders mod. mit dem modernen Schnitt und den feinen Trapperfransen **mit 895.-**

Jugendlicher Sommermantel aus hellmode-farbigem Stoff mit entzückend gemustertem Blicke **mit 495.-**

C&A

Königstr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bahnhof